

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 19. August 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement Preis halbjährlich: 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Einzelheften in der Post-Zeitungspreisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgezeigte Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

### Eine Wahlschlacht.

Schlimmer als sonst bei Wahlen in Deutschland ist bei den letzten Reichstagswahlen mit Gewaltthaten und Terrorismus gearbeitet worden: mit tödtlichen und mit erstickten. Die bürgerliche Presse war voller Erzählungen über solche Vorkommnisse, die, mit der ganzen eine gewisse Presse so gut lebenden moralischen Entrüstung vorgetragen, beweisen sollten, wie brutal die „Rasse“ sich die Herrschaft über die „anständigen“ Leute erzwingen möchte. Ein großer Teil dieser Geschichten war direkt erfunden. Daneben sind allerdings auch wirkliche Gewaltthaten verübt worden. Eines dieser wirklichen Ereignisse beschäftigte am Montag die Strafkammer in Gleiwitz und es wurde vor aller Welt offenbar, wer Gewaltthaten verübt hat. Angeklagt waren Arbeiter; verurteilt, wenn auch nicht mit Strafen belegt, wurde die Polizei, die ganz allein Gewaltthaten verübt, harmlose Passanten blutig geschlagen, Fliehende niedergebunden und ganz allein durch unnützes Eingreifen eine harmlose, aus dem Interesse an der Wahl veranlaßte Menschenansammlung zu einem blutigen Ereignis gemacht hat. Neben diesem allgemeinen, die Wahltrawalle überhaupt charakterisierenden Ergebnis hat die Verhandlung vor Gericht aber noch eine andre Thatfache ans Licht gebracht, von der wir hoffen wollen, daß sie auf diesen einen Fall beschränkt bleibt: Kerze haben ihre Patienten der Polizei brennend! Die oberflächlichen Polizeithaten sind typisch, die Handlungen der beiden Kerze Dr. Niefensfeld und Dr. Kawrakli werden von allen ihren Berufscollegen ebenso einmütig verurteilt werden wie von jedem andern anständigen Menschen. Ueber die Verhandlung, deren Ausgung wir bereits telegraphisch gemeldet haben, geht uns folgender eigener Bericht zu:

Gleiwitz, 17. August 1903.  
Die bekannten Vorgänge vom Stichtagswahltag in Jarzse (Oberschlesien) kamen vor die heutige Strafkammer. Die Vorgänge sind bekannt. Am Stichtagswahltag versammelten sich — wie es überall geschieht — eine Menge Leute vor dem Reaktionslokal eines bürgerlichen Wirtes, um die Wahlergebnisse zu erfahren. Einzelne riefen dabei: „Hoch Petzcha!“ — der größte Teil rief: „Hoch Korfanti!“ Wäre die Polizei zu Hause geblieben, so wären die Leute wie in Stawitz und andern Orten deselben Wahlkreises nach einiger Zeit nach Hause gegangen und die Sache wäre erledigt gewesen. Die Jarzser Polizei mußte aber dabei sein. Der kommandierende Wachtmeister forderte die Leute wiederholt auf, auseinanderzugehen, was aber die meisten Anwesenden nach ihrer Behauptung gar nicht gehört haben. Nun zogen die Polizisten ihre Säbel und trieben die Menge vor sich her, indem sie selbst Passanten und Fliehende mit Säbeln blutig schlugen. Dabei sollen, nachdem Leute unmenslich mißhandelt worden sind, einige Steine gegen Polizisten geworfen worden sein. Das war der Thatbestand und er genügte, um 14 Arbeiter, meist gänzlich unbestraft oder mit ganz geringen Geldstrafen bestraft, auf die Anklagebank zu bringen — wegen Aufruhrs! (§§ 115, 116 Strafgesetzbuch.)

Den Vorsitz in der Verhandlung führte Landgerichtsdirektor Hagedorn, die Anklage vertrat Erster Staatsanwalt Meier. Die Angeklagten Grabenarbeiter Jakob Ogorek, Joseph Ogorek, Kilobem Ogorek, Franz Jura, Maschinenwärter Karl Junda, Stellmacher Job. Dornik, Schachtarbeiter Th. Kowal, Maurergeselle Wilh. Fröhlich, Grabenarbeiter Job. Stobyl, Werlarbeiter Jgn. Kratizki, Kesselführer Jgn. Klimas, Eisenreher Franz Daniel, Maschinist Karl Fröhlich und Schlosser August Pajont, alle aus Jarzse und Umgegend; sie werden bis auf den letzten alle aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Sie werden von den Rechtsanwälfen Wohl, Derrubut, Rozanski und Kopenhagen verteidigt. Zur Verhandlung sind etwa 70 Zeugen geladen, darunter etwa zehn Polizisten und Gendarmen. Die Angeklagten erklären sämtlich, daß sie an den Vorgängen vor der Geschäftsstelle des „Bandener“ gar nicht teilgenommen haben. Sie waren entweder im Vorbeigehen oder sind aus der Nähe hergelaufen gekommen, als sie den Lärm hörten. Die meisten von ihnen haben Verletzungen erlitten, ehe sie überhaupt dazukamen. Die Polizisten, welche die Menge vor sich hertrieben, hielten alles nieder, was ihnen in den Weg kam. Die Gebrüder Ogorek sind in der Mittelstraße von einigen Polizisten angefallen worden mit der Frage, wohin sie gingen. „Nachhause“ war die Antwort. „Ich werde Euch zeigen nach Hause, Ihr Schweine!“ und sofort wurde mit scharfem Säbel eingehauen. Zwei flohen, einer blieb liegen. Nachher wurde er von seinen Freunden zum Arzt gebracht. Unterwegs wurden sie von einem Polizisten angehalten; die Gebrüder Ogorek nannten ihre Namen, ihre Begleiter weigerten sich. Dann wurden sie in Jarzse noch einmal vor der Polizeiwache angehalten und zur Wache geführt. Die Leute sagten, man möchte sie gehen lassen, der Schwerverwundete blute ja und müsse ohne Verzug zum Arzt. Man hielt die Leute trotzdem an und ihre Namen wurden notiert. Dann erst konnten sie gehen.

Auf diese Feststellung hin wurden die fünf Leute später verhaftet und angeklagt. Denn — so argumentiert die Anklageschrift — die Leute hatten Säbelschläge erhalten, — also müssen sie bei dem „Artauß“ anwesend gewesen sein. Die Anklageschrift vermag übrigens auch nicht eine Gewaltthatigkeit festzustellen, welche geschehen wäre, ehe die Beamten zur blanten Waffe gegriffen haben. Der Angeklagte Dornik war unterwegs von Polizeibeamten verwundet worden. Am nächsten Tag ging er zu dem praktischen Arzt Dr. Niefensfeld, der ihm gleich sagte: „Das ist der erste Korfanti, da werden Sie gleich mit mir zur Polizei gehen.“ Dornik antwortete: „Das ist mir egal, ich bin ja an nichts schuld.“ Der Arzt Dr. Niefensfeld erwiderte: „Ich werde Sie aufsuchen und der Polizei melden“, und das — fügt Dornik in der Verhandlung hinzu — hat er auch getan. Dann bin ich auch vernommen worden.

Der Angeklagte Kowal behauptet gleichfalls, einen Schlag bekommen zu haben, ohne etwas getan zu haben. „Ich bin“, sagt der Angeklagte, „von dem Arzt, der mich behandelt hat, der Polizei übergeben worden“. Kowal ist von Dr. Kawrakli behandelt worden.

Der Angeklagte Fröhlich ist abends um 7 Uhr nach Hause gekommen und gar nicht mehr auf die Straße gegangen. Der Angeklagte Kratizki: Ich ging an dem Aufmarschplatz vorbei. Als ich hörte, daß die Polizisten zum Auseinandergehen aufforderten, ging ich sofort weiter. Dabei fiel mir mein Hut zur

Erde. Als ich mich nach dem Hut bückte, bekam ich einen Säbelschlag über den Kopf. Dann ging ich zu dem praktischen Arzt Dr. Kawrakli, wahrscheinlich bin ich durch den Arzt der Polizei übergeben worden. Ich bin ganz deutsch, ich spreche nicht einmal polnisch, auch gehöre ich zu den deutschen Parteien.

Angeklagter Klimas: Ich ging nach Hause. Ich hörte den Wachtmeister Haase rufen: „Wer nicht hören will, der muß fühlen.“ Ich habe nicht gesehen, daß Steine geworfen wurden, aber gehört, daß eine Aufforderung zum Auseinandergehen ergangen wäre.

Der Angeklagte Pajont: Ich ging nach Hause. Als ich den Lärm hörte, blieb ich einen Augenblick stehen. Da kam der Wachtmeister gelaufen und ich bekam einen Schlag auf den Kopf, daß ich blutete. Eine Aufforderung habe ich nicht gehört.

Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet. Als Zeugen sollen zuerst die Kerze aus Jarzse vernommen werden. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Hagedorn schlägt vor, auf die Kerze zu verzichten.

Der Erste Staatsanwalt Meier: Ich möchte bitten, doch die Kerze zu vernehmen, die da sind. Dr. Hager (ein Angehöriger Korfanti) ist da. Vielleicht macht er uns Mitteilung darüber, was ihm Ogorek bei dieser Gelegenheit gesagt über die Umstände, wie die Bande entstanden ist.

Rechtsanwalt Rozanski mit erhobener Stimme: Dann bitte ich, die Zeugen darauf aufmerksam zu machen, daß sie als Kerze nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet sind, Amtsverschwiegenheit zu üben, wenn sie sich nicht nach § 300 des Strafgesetzbuchs schuldig machen wollen.

Dr. Hager tritt in den Saal. Der Vorsitzende fragt den Angeklagten Ogorek, ob er den Dr. Hager von der Amtsverschwiegenheit entbinde. Ogorek sagt: „Nein“.

Dr. Hager behauptet nichts Wesentliches und wird nebst den andern Kerzen entlassen.

Dann werden die Polizeibeamten vernommen, die im Sinne der Anklage mit auffälliger Uebereinstimmung auszusagen.

Die Polizeibeamten belasten fast übereinstimmend den Angeklagten Kowal, der laut gerufen haben soll. Jemand, der die Steine — bei der Jagd in den Straßen hinter den Fliehenden — geworfen hätte, ist nicht ermittelt worden.

Der Befehlshaber der Polizeimannschaften, Polizeiwachtmeister Haase, erkannte nur den Angeklagten Kowal.

Rechtsanwalt Rozanski: Zeuge, Sie haben in Ihrem Bericht an die Staatsanwaltschaft geschrieben: „Nachstehende Personen sind der Aufforderung, auseinanderzugehen, nicht gefolgt.“ Und dann folgen die Namen der Angeklagten Ogorek usw. Jetzt sagen Sie, daß Sie nur den Kowal in der Menge erkannt haben?

Wachtmeister Haase — schweigt.  
Rechtsanwalt Rozanski: Dann will ich feststellen, daß diese Ihre Angaben nicht auf Ihrer eignen Wahrnehmung beruhen, sondern auf Berichten anderer.

Wachtmeister Haase: Ja!  
Rechtsanwalt Kopenhagen: Aus den Akten hat man den Eindruck, daß der Wachtmeister aus eigener Wahrnehmung behauptet hat — jetzt erfahren wir, daß es vom Hörensagen war.

Zeuge Kriminalbeamter Niemczyk: Bei dem Vorgang selbst war ich nicht. Ich habe Ermittlungen angestellt. Ich ging zu den Leuten und hörte, was sie erzählt haben.

Vorsitzender: Gingen Sie auch zu diesem Zweck zu den Kerzen?  
Niemczyk: Ja, ich war bei Dr. Kawrakli und bei Dr. Niefensfeld.

Aus den zahlreichen Entlastungsaussagen, welche darlegten, daß die Angeklagten zum Teil selbst zu Hause waren, zum Teil einfach vorbeigingen, wollen wir nur wenige hervorheben:  
Zeuge Steiger Korfanti erzählt, daß er einen Steinwurf erhielt.

Vors.: Haben Sie noch gesehen, daß Leute sonst geschlagen wurden?  
Zeuge: Ja, aber von den Polizisten! Die Leute flohen von der Bahnhofstraße, die Polizisten liefen hinterher und hieben mit scharfer Waffe auf Fliehende ein.

Rechtsanwalt Herrstadt: Und die Leute flohen einzeln und auf solche wurde eingeschlagen?  
Zeuge: Ja.

Kempnermeister Pniower: Ein Mann wurde von zwei Polizisten verfolgt, mit Säbeln verwundet und zu Boden geschlagen. Wie er am Boden lag, wurde er noch mit der Waffe geschlagen.

Marie Jablonka: Ich sah zum Fenster hinaus. Es kamen drei Männer ganz ruhig des Weges. Ihnen kamen Polizisten entgegen: „Wohin? Nach Hause!“ antworteten die Männer. Die Antwort der Polizisten lautete: „Wir werden Euch zeigen, nach Hause, Ihr Schweine!“ Zugleich wurde mit Säbeln eingehauen. Zwei der Männer rannten davon, einer blieb schwer verwundet liegen.

Zwei Frauen, die in demselben Hause wohnen, bekunden das gleiche. Die eine fügt hinzu, daß ein Polizist zu dem andern gerufen habe: „Gau doch drauf!“

Grabenarbeiter Karl Gonsior: Ich sah, wie ein Arbeiter auf der Straße von einem Polizisten unmenslich bearbeitet wurde. Dann kam ein zweiter Polizist dazu und hieb mit ein.

Von der Verteidigung war noch eine ganze Anzahl Zeugen benannt worden, die über ähnliche und noch schlimmere Vorkommnisse der Polizeibeamten auszusagen sollten. Die Ladung dieser Zeugen wurde aber abgelehnt, da das Beweissthema nicht im direkten Zusammenhang mit den Strafthaten stehe.

Die Rede des Staatsanwalts brachte eine Ueberraschung. Er ließ die Anklage des Aufruhrs fallen und beantragte die Verstrafung von zwei Angeklagten wegen Aufruhrs — § 116 Str.-G.-B. — mit 3 Monaten und mit 4 Wochen Gefängnis.

Die Rechtsanwalte betonten, daß die Polizei unrechtmässig die fliehenden Leute mißhandelt habe. Mit Härte wurde darauf hingewiesen, daß von den meisten Angeklagten das Entlastungsmaterial schon in der Voruntersuchung angeboten worden sei — es sei zum Teil nicht gesammelt worden. Trotzdem habe man gänzlich unschuldige Leute, die als ruhige Staatsbürger von der Polizei auf dem Nachhausewege Säbelschläge über den Kopf erhielten, noch 3 Wochen in Untersuchungshaft gehalten.

Die Verteidiger beantragten für sämtliche Angeklagten Freisprechung, bei den meisten Aufhebung der notwendigen Auslagen einschließlich Verteidigung auf die Staatskasse.

Das Gericht sprach sämtliche Angeklagte von der Anklage des Aufruhrs frei. Wegen Aufruhrs wurde Kowal zu 8 Wochen Gefängnis verurteilt. Die übrigen 13 Angeklagten sind gänzlich freigesprochen worden. Bei 5 Angeklagten sind die Kosten der Verteidigung und die Auslagen der Staatskasse auferlegt worden.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. August.

#### Die Wahlrechtsfrage in Sachsen.

Daß das Wahlrecht reformiert werden muß, das verlangen in Sachsen außer der Socialdemokratie die Freisinnigen, die Nationalliberalen, die Antisemiten und auch die Regierung. Was an die Stelle des jetzigen Systems treten soll, darüber besteht jedoch nicht die geringste Klarheit. Zwar haben einige Vereine der Freisinnigen eine Art Programm aufgestellt, worin an erster Stelle das jetzige Reichstags-Wahlrecht für den sächsischen Landtag gefordert wird, und die Not der Zeit, nämlich die Uebermacht der Socialdemokratie, hat den Freisinnigen sogar Verständnis für die Proportionalvertretung eingebracht, doch enthält die Erklärung eine Art gleitende Skala, die sich den Umständen anpaßt und sich am Ende auch noch für Vorschläge anpassungsfähig erweist, die man heute noch gar nicht kennt. Abgesehen von dem längst mitgetheilten verräthlichen Vorschlage der Hausbesitzer und einem auf berufständische Vertretung hinauslaufenden Vorschlage evangelischer Jünglinge oder vielmehr ihrer Väter liegt nur noch ein neuer Vorschlag von antisemitischer Seite vor. Die Antisemiten in Sachsen, der einzigen Säule verschwundener Pracht, erlassen folgende Erklärung:

„Der unterzeichnete Verein stellt an jeden Kandidaten, der für ihn in der bevorstehenden Landtagswahl in Frage kommt, die grundlegende Forderung, daß derselbe sich gegen Dreiklassen-Wahlrecht und ohne jeden Vorbehalt für das geheime direkte Wahlrecht erklärt. Derselbe erwartet ferner, daß die Regierung und die ihr nahe stehenden Parteien Einschränkungen dieses geheimen direkten Wahlrechts in Vorschlag bringen, welche das Schwergewicht in die breiten Massen des Mittelstandes legen und unter allen Umständen die Möglichkeit ausschließen, daß das Großkapital oder das Proletariat jemals die Ueberhand gewinnt.“

Die Erklärung ist von echt antisemitischer Konfession, wenn man nicht annehmen soll, daß die Gegnerschaft gegen das Dreiklassenwahlrecht nur die Freundschaft für ein Wahlrecht mit noch mehr Klassen bedeuten soll. Diese Annahme giebt aber die einzige Erklärung für das bestimmte Verlangen, das neue Wahlrecht mit Einschränkungen zu versehen, die das Schwergewicht in die breiten Massen des Mittelstandes legen. Ein Wahlrecht, das den „breiten Massen“ gerecht wird, kann nur das direkte gleiche Wahlrecht sein; sind breite Massen des Mittelstandes vorhanden, dann kommen sie bei einem gleichen Wahlrecht auch zu ihrem Rechte. Gegen die Erdrückung einer großen Gruppe durch eine noch größere ist die Proportionalvertretung ein ganz gutes Mittel. Sie gehört zu unserm Programm. Wenn jetzt in Sachsen dieser Gedanke Anklang findet, so ist das ein Kompliment für die Gerechtigkeit socialdemokratischer Forderungen.

Die Regierung hat noch keine Meinung geäußert, in welcher Richtung sie sich die Reform denkt. Wenn jedoch die Vermutungen der nationalliberalen „Dresdener Zeitung“ richtig sind, daß man in Regierungskreisen ein direktes Klassensystem plant, so wären zwar damit die Wünsche vieler erfüllt, die wohl eine Reform fordern, das Proletariat jedoch um sein Recht prellen wollen aber es widerspricht allen bisher gegebenen Erklärungen, die sich gegen die Klassenwahl richten. Soweit man sich überhaupt in Sachsen für eine Wahlreform ausgesprochen und das bestehende Wahlrecht für unhaltbar erklärt hat, hat man sich zuerst und hauptsächlich gegen die Klassenwahl gewandt. Was aber will man an deren Stelle setzen, wenn man das gleiche Wahlrecht nicht will?

Die antisemitische Erklärung muß überdies noch aus dem Grunde sehr vorsichtig aufgenommen werden, weil ja die Antisemiten mit den Konservativen kartelliert sind, die von keiner Reform etwas wissen wollen. Man kann doch unmöglich ernsthaft eine Wahlrechtsreform vertreten wollen und gleichzeitig mit den entschiedenen Gegnern jeder Reform ein Wahlkartell bilden. Wenn die gegenwärtige Herrschaft der Konservativen im Landtage, die jede Reform ablehnen, gebrochen werden soll, dann bleibt doch allen Anhängern einer Reform nur übrig, erforderlichen Falles für den Socialdemokraten zu stimmen. Die Konservativen werden in sehr vielen Fällen die erste und zweite Klasse beherrschen, während nur in gewissen Fällen teils die Nationalliberalen in der ersten, gelegentlich auch in der zweiten, die Antisemiten dagegen nur in der zweiten Klasse die Entscheidung in der Hand haben werden. Die Nationalliberalen sind ja nun für die Landtagswahlen mit den Konservativen nicht kartelliert. Aber werden sie sich entschließen, für den Socialdemokraten zu stimmen, wenn dadurch die Wahl des Konservativen verhindert werden kann? Die sächsischen Nationalliberalen erwidern nach dieser Richtung nicht das geringste Vertrauen.

Die Verteidiger der Dreiklassenwahl haben sich übrigens jetzt einen neuen Grund zurecht gemacht; sie wollen nachweisen, daß die Wahlentziehung von 1896 nichts mit dem Siege der Socialdemokratie von 1903 zu thun habe; wenn über die Dreiklassenwahl solche Enttäuschung vorhanden wäre, dann hätte sie schon 1896 zum Ausbruch kommen können. Abgesehen davon, daß bei der ersten Landtagswahl unter dem Dreiklassensystem, die vor 1896 stattfand, nur ein Drittel des Landtages erneuert wurde, die socialdemokratischen Vertreter deshalb noch nicht vollständig hinausgewählt wurden und deshalb der großen Masse der plutokratische Charakter



des Wahlsystems noch nicht so handgreiflich entgegengetreten war, ist die ganze Argumentation völlig verfehlt. Tatsächlich hat sich die Mehrzahl der sächsischen Reichstagswähler, also die Mehrzahl des sächsischen Volkes, 1903 zur Socialdemokratie bekant und damit ihre Gegnerschaft gegen jedes Klassen- und Privilegienwahlrecht zu erkennen gegeben und das ist das Ausschlaggebende. Die Mehrheit des sächsischen Volkes fordert das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, und wenn man dieses Verlangen noch nicht begriffen hat, wenn man sich um die Erfüllung dieser Forderung durch allerhand Winkelzüge und sophistische Redensarten herumdrücken zu können glaubt, dann wird das Volk eben noch deutlicher sprechen müssen. —

## Deutsches Reich.

### Die Kaiserinseel.

Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ schwingt sich an versiedeter Stelle zu folgender Notiz auf:

Der „Vorwärts“ hat unter der Ueberschrift „Die Kaiserinseel“ eine phantastische Erzählung veröffentlicht, wonach die Kaiserin Elisabeth von der Krone angelastet werden soll, um ein kaiserliches Familienglied aufzunehmen. Die Einzelheiten, womit dieses Märchen ausgeschmückt wird, streifen an Überwitz. Wir können mitteilen, daß die ganze Sache maßgebenden Ortes als eine lächerliche Hundstagsgeschichte bezeichnet worden ist.

Der „maßgebende Ort“, an dem die „Nordd. Allgem. Zeitung“ Erkundigungen eingelegt hat, ist entweder nicht identisch mit den Stellen, an denen gegenwärtig Entscheidungen getroffen und Pläne vorbereitet werden, oder aber der „Ort“ hat das offizielle Blatt angelegen.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ besucht „maßgebende Oerter“, um — nichts zu erfahren. Wir aber besitzen den Beweis, daß die „lächerliche Hundstagsgeschichte“ wahr ist und durchaus maßgebenden Ortes entsprungen ist. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mag es mit den Elementen, die ihr näher stehen als uns, ausmachen, ob sie ihre sorgenden Pläne auf die — übrigens bisher nicht beobachtete — Sommerhitze zurückzuführen wagen darf.

Die „Post“ hatte sich gestern unvorsichtigerweise zu weit vorgewagt. Während sie gestern bereits die ungeschickliche Expropriation der Insel verteidigte, weil „die Erhaltung der Monarchie, die ja der Zweck der ganzen Sache wäre, eine Frage des öffentlichen und staatlichen Interesses allerersten Ranges“ sei, zieht sie sich heute zurück und will von nichts wissen.

Wir glauben schon, daß den „Maßgebenden“ der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die vorzeitige Veröffentlichung des Planes unangenehm ist. Denn es ist dadurch — vielleicht — verhärtet worden, daß man mit einer derartigen Forderung an den Landtag kommt, die dann natürlich mit höchst sachlichen und patriotischen Erwägungen begründet worden wäre und die dann nicht im mindesten die Motive mehr durchbliden lassen würde, die in den un diplomatischen, vertraulichen Dokumenten ihres Ursprungs und ersten Entwurfs eine so „hundstagsmäßige“ Rolle spielen. —

**Vom Prinzen-Mörder.** Mit einiger Ueberraschung vernimmt man, daß sich der vom Schafott über's Zuchthaus zu zehn Jahren Gefängnis begnadigte Prinz Arenberg noch immer im Gefängnis aufhält. Hohheit hatten gerührt, aus dem Gefängnis in Hannover, das er mit seinem Besuch beehrte, insofern standesgemäß zu veredeln, als er aus ihm eine Wohnung von Hotel und Vorbell gestaltete. Dann verschaffte er sich Zeugnisse, in denen „Sachverständige“ ihn für geistvoll erklärt, damit er eine Revision-Gesuchstellung ausführen könnte. Die Sachverständigen mögen in der That einen gestörten Prinzen zur Begnadigung vorgelegt erhalten haben; denn Hohheit liebte es, im Gefängnis mittels Alkohols des öfteren in ein Inloquuto der Unzurechnungsfähigkeit unterzutauden. Der Direktor der Anstalt stellte dem auch wirklich den Antrag, die Strafvollstreckung gegen den Prinzen Prosper Arenberg zu unterbrechen, weil bei ihm geistige Störungen beobachtet worden seien. Es wurden daraufhin nähere Ermittlungen angeordnet. Das Ergebnis ist nun, wie der „Nat.-Ztg.“ bekannt wird, derartig ausgefallen, daß der Reichsanwalt, als Chef des Oberkommandos der Schutztruppe, seine Zustimmung zu dem Antrag auf Unterbrechung der Strafvollstreckung verweigert hat. Prinz Arenberg wird mit Rücksicht auf die Vorgänge in Hannover in ein andres Gefängnis überführt und hat dort seine Strafe weiter zu verbüßen. —

**Herr v. Windheim,** der frühere Polizeipräsident von Berlin, ist, nachdem er kurze Zeit Regierungspräsident in Frankfurt a. D. gewesen, zum Oberpräsidenten von Hessen-Kassau befördert worden. —

**Die Kanalvorlage** ist, so steht jetzt fest, in der sächsischen Wasser- not ertrunken. Die offiziös bediente Münchener „Allgemeine Zeitung“ versichert:

Es ist neulich schon darauf hingewiesen worden, daß die Kanalgegner von allen Seiten schon zum Sturm bliesen, freilich zum Sturm gegen ein Phantom, denn es dürfte wohl kaum geschehen, daß die preussische Staatsregierung den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet erachtet, diese Frage wieder akut werden zu lassen.

Vor vier Jahren, am 11. August 1899, hielt Wilhelm II. in Dortmund jene Rede, in der er erklärte, daß er und seine Regierung „fest und unerschütterlich entschlossen“ seien, den Mittelkanal zu bauen. Und nachdem er die Hoffnung ausgesprochen, daß der Landtag „nach in diesem Jahre (1899) meinem Lande den Segen dieses Kanals zu nuzen und zu teil werden“ lassen werde, und daß die kaiserliche Macht „auch für das große Werk mit voller Macht eingesetzt“ werden würde, schloß er mit dem Wort: „Dafür werde ich stehen!“

**Furcht vor Aufregung.** Im 21. sächsischen Wahlkreise hätten die Kartellbrüder gern einen Wahlprotest gegen die Wahl unsrer Genossen Grenz erhoben. Grenz war als Former aus Leipzig gewählt worden. Da hatte man ausgetüfelt, daß Grenz jetzt nicht mehr als Former arbeitet und in Schönfeld bei Leipzig wohnt. Die Trauben sind wohl den Herren zu teuer erschienen. Wie die „Dresdener Nachrichten“ zu melden wissen, haben nämlich „die zu nächst berufenen Personen von einer Protesterhebung abgesehen. Maßgebend zu diesem Entschluß ist unter anderem der Umstand gewesen, daß nach Geflogenheit des Wahlprüfungs-Ausschusses im Reichstags der Protest aus dem 21. sächsischen Reichstags-Wahlkreise unter Umständen erst nach Jahren seine Erledigung gefunden hätte und daß man dann, möglicherweise nur ein oder zwei Jahre vor dem Abschluß der nächsten Legislaturperiode, dem Kreis nicht erst eine nochmalige Wahlaufregung bereiten möchte.“

**Klostergründungen in Preußen.** Aus Osnabrück wird der „Berl. Ztg.“ gemeldet:

Holländische Ursulinerinnen, die ihr Kloster in Rhynowegen an französische Schwestern verkauft haben, beziehen ein hier mit einem Kostenaufwande von ca. 750 000 M. fertiggestelltes großes Kloster.

Preußen, das Land der Kasernen, wird auch das Land der Klöster.

### Chronik der Majestätsbeleidigungen.

Die Düsseldorf'sche Strafkammer verurteilte den Fabrikarbeiter Franz Kamp aus Dyladen wegen Majestätsbeleidigung zu fünf Monaten Gefängnis. Kamp hatte sich der Beleidigung in einer Eingabe an den Kaiser schuldig gemacht! — Ein Mann, der so monarchistisch gesinnt ist, daß er Eingaben an den Kaiser macht, hat doch gewiß nicht das Bewußtsein der Beleidigung! —

## Ausland.

### Zum Generalstreik in Odessa!

Von einem russischen Genossen und Mitarbeiter erhalten wir zwei Flugblätter, die vom Komitee der socialdemokratischen Partei in Odessa unter den streikenden Arbeitern verbreitet worden sind. Während das eine dieser Flugblätter nur allgemeine Mahnungen enthält, im Kampfe auszuhalten und für die Befreiung des Proletariats einzustehen, ist das andre ein Dokument von hohem politischen Interesse, da es nähere Mitteilungen über die Forderungen der Streikenden und über das Verhalten der russischen Behörden zu der Streikbewegung bringt. Wir lassen es deshalb in deutscher Uebersetzung folgen:

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!  
An die Arbeiter und Arbeiterinnen von Odessa.  
Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf, acht Stunden frei.  
Genossen! Zwei Tage haben wir die Luft der Freiheit geatmet: wir verarmelten uns, wir besprachen unsre Lage, unsren Ausstand. Zehntausende von Arbeitern haben einen großen Kampf angefangen, sind zum erstenmal in einen General-Ausstand eingetreten. Auf unsren beiden Volks-Versammlungen beschloßen wir alle zusammen zu fordern:

1. Den achtstündigen Arbeitstag.
2. Erhöhung des Arbeitslohnes.
3. Beseitigung der Strohlohnarbeit.
4. Zahlung von Krankengeldern bis zur völligen Genesung des kranken Arbeiters.

Wir beschloßen nicht zu weichen; doch man hindert uns, man gestattet uns nicht, für unsre menschlichen Rechte zu kämpfen. Die Regierung mißt sich in unsre Kämpfe. Am ersten Tage hat sie keine Maßregeln gegen uns ergriffen. Alle waren wir überrascht; wir verstanden nicht, warum die Regierung diesmal ruhig zuschaute, warum sie nicht gleich am ersten Tage ihre asiatische Kraft zeigte. Man antwortet auf diese Fragen verschieden. Die „Unabhängigen“ (so nennen sich die Organisations- und die Arbeiter der revolutionären Parteien) abspenstig machen wollen. D. Red.) wollen uns glauben machen, daß die Regierung unsren wirtschaftlichen Kampf unterstützt, daß sie uns zu diesem Zweck sogar das Koalitionsrecht geben wolle.

Wir Socialdemokraten erklären dagegen, daß die Regierung und ein ehrliches Koalitionsrecht niemals geben wird. Ohne dieses Recht ist aber ein ordentlicher Kampf nicht möglich. Wenn die Behörden von Odessa am ersten Tag nichts unternahmen, so zeigt das nur, daß sie besürzt waren. Sie hatten eine solche Massenbewegung nicht erwartet und hatten nur wenig Kosaken zur Verfügung, um einen Kampf mit 50 000 Streikenden aufnehmen zu können. Dann erschienen aber neue Militärabteilungen und die Regierung zeigte sich nun in ihrer ganzen schamlosen Radikalität; sie vergaß ihre Verbindungen mit den Arbeitern.

Sehet, was wir als Antwort auf unsre Forderungen erhalten haben: man hat uns mit Gewehrkolben geschlagen und mit Peitschen; wir wurden verhaftet und in die Gefängnisse gesteckt. Heute haben die Behörden das Verlangen ausgesprochen, wir sollten zur Arbeit gehen, morgen werden wir mit bewaffneter Macht zur Arbeit getrieben werden, wie die Sklaven, wie die Leibeigenen. So macht es die russische Regierung immer, wenn die Arbeiter gegen die Bedrückung durch das Kapital und für menschliche Rechte kämpfen.

Genossen. Lassen wir keine von unsren Forderungen fallen. Wir sind zehntausende, wir haben die Macht; auf unsrer Seite ist die Wahrheit. Es bleibt dabei: der Kampf wird fortgesetzt. Führen wir den Streik bis zu Ende; gehen wir nur dann zur Arbeit, wenn die Unternehmer alle unsre Forderungen erfüllt haben.

Zerbrechen wir mit eiserner Hand.  
Auf immer das drückende Joch.  
Und pflanzen wir im ganzen Land  
Die Arbeitsfahne auf.

Hoch unser General-Ausstand! Hoch unsre Solidarität!  
Nieder mit der Regierung, die das Volk mißhandelt.  
Hoch die Volksfreiheit! Hoch der Sozialismus!  
(Siegel des Komitees.)

Druckerei des Odessaer Komitees.

## England.

**Chamberlain** versucht es neuerdings, nachdem er erkannt, daß sein Vorschlag der Verzollung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln fast überall im englischen Volk auf Widerstand stößt, mit der bekannten Taktik des Dementierens. Auf eine im Rahmen der Tarifreformgesetzten Anfrage des Parlamentsmitgliedes Dacotwen erklärt er, wie der „Post-Ztg.“ telegraphisch gemeldet wird, er habe niemals einen Vorschlag über die Woll- und Baumwollsteuer gemacht; eine solche Steuer würde für die Zwecke einer gegenseitigen Bevorzugung des Mutterlandes und der Kolonien nicht ins Gewicht fallen und England kaum in den Stand setzen, bessere Bedingungen gegenüber seinen ausländischen Konkurrenten zu erzielen. Was die Nahrungsmittel betreffe, enthalte sein dem Lande unterbreiteter Zollreformvorschlag nichts, was den Lebensunterhalt Englands nur im mindesten zu erschweren brauche.

**London, 18. August.** (B. H.) Die Morgenblätter besprechen die gestern in Montreal abgehaltene Versammlung der englischen Handelskammern, in welcher zum erstenmal die Chamberlain'schen Steuerprojekte einer eingehenden Erörterung unterzogen wurden. „Daily News“ sagt, daß die Debatten die Schwierigkeiten und Gefahren der Pläne des Colonialministers darzulegen und besonders die Stellung beleuchtet hätten, welche Kanada gegenüber den Vereinigten Staaten einnehmen würde. Von hundert Handelskammern hätten sich 97 gegen die Reformpläne Chamberlains ausgesprochen. — „Daily Mail“ erklärt, Kanada werde darauf bedacht sein, seine Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten und England zu behaupten.

## Norwegen.

**Die Sammelpolitik der bürgerlichen Parteien,** die sich bekanntlich zum großen Teil gegen die Forderungen der Arbeiter richtet, mußte dazu führen, daß die Arbeiter sich ebenfalls enger zusammenschließen und sich mehr und mehr unter der roten Fahne sammeln. Viele Vorgänge deuten darauf hin, daß die Sammelpolitik der Arbeitergegner und die Zerplitterung der herrschenden Vilen eine solche Klärung der politischen Situation herbeiführt hat, daß endlich der norwegische Arbeiter erkennt, von welcher Partei er allein eine zuverlässige Vertretung seiner Interessen erwarten kann. — In Kristiania hat der demokratische Arbeiterverein der Socialdemokratie eine Wahllist vor geschlagen, wonach im Falle des Sieges der gemeinsamen Wahlmännerliste die Demokraten einen Störungsmitgliedern und einen Stellvertreter erhalten und die übrigen Plätze von der Socialdemokratie befehligt werden sollen. Dieser Vorschlag ist von den örtlichen Vertretern der Socialdemokratie mit 49 gegen 13 Stimmen angenommen worden. Damit haben unsre Parteigenossen, wie „Socialdemokraten“ schreibt, die beste Aussicht, in Kristiania zu siegen. —

## Amerika.

Eine riesen-Untersuchung wird dem Londoner „Morning- Leader“ aus den Vereinigten Staaten berichtet. Die Direktoren des Departements, das die Aufsicht über die Verwaltung der Indianer-Territorien ausübt, haben danach die Intervention des General-Prokurators verlangt zur Eröffnung einer Untersuchung über Unregelmäßigkeiten, die sich hohe Beamte des Departements haben zu Schulden kommen lassen. Diese Beamten sollen 300 000 Indianer von den Besitzungen, die ihnen vom Staate zugeteilt waren, ver-

trieben haben. Darauf haben sie diese Gebiete für eine Gesamtsumme von ca. 400 Millionen Dollar nach und nach an ein Syndikat verkauft. Die Führer der republikanischen Partei befürchten, daß dieser Skandal bei der bevorstehenden Präsidentenwahl der Partei großen Schaden zufügen werde.

## Landtagswahlbewegung.

### Socialdemokratische Kandidaturen.

Durch die Parteipresse geht eine Notiz, in der die Namen verschiedener Genossen als Kandidaten für die bevorstehenden preussischen Landtagswahlen genannt und Betrachtungen über Doppelkandidaturen usw. daran geknüpft werden. Angesichts der Thatfache, daß unsre Partei fast noch keine Erfahrungen auf dem Gebiete der Landtagswahlen gesammelt hat und in Erwägung des Umstandes, daß die früheren Ergebnisse der Landtagswahlen, die fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden, keinen sicheren Schluß den Erfolg der Wahlen zulassen, die durch das Eingreifen der Arbeiterschaft eine weit stärkere Wahlbeteiligung finden werden, erscheint es uns noch wenig angebracht, sich jetzt schon den Kopf über die etwaigen Kandidaten zu zerbrechen. Vorläufig kommt alles darauf an, in den einzelnen Wahlkreisen socialdemokratische Wahlmänner aufzustellen und so viel als irgend möglich bei den Wahlen durchzubringen, um so Einfluß auf die Abgeordnetwahl selbst zu gewinnen. Die Aufstellung und Wahl der Wahlmänner ist die weit schwierigere und dringendere Aufgabe. —

Ist dieses Ziel in einer Reihe von Kreisen erreicht, dann wird die Auswahl der Kandidaten keine Beschwerden machen. Zur rechten Zeit wird sich auch der rechte Mann finden. Auf keinen Fall aber erscheint es uns angebracht, angesichts der Thatfache, daß wir uns auf ein ganz neues Gebiet begeben, uns über Fragen, wie Doppelkandidaturen zc. jetzt schon zu unterhalten. —

### Aus freisinnigen Wahlkreisen

erhält die Berliner „Volls-Zeitung“ Zuschriften, in denen ein gemeinsames Vorgehen der Freisinnigen mit den Socialdemokraten gefordert wird. Die „Volls-Zeitung“ fordert ihrerseits die Freisinnigen auf, nicht erst auf das Diktat der freisinnigen Parteileitung zu warten, sondern alsbald entschieden zu der Frage Stellung zu nehmen, damit der Parteileitung die Stimmung der Wählerschaft beizeiten in aller Deutlichkeit bekannt werde. Die „Volls-Zeitung“ fährt fort:

Man hat den Vorschlag gemacht, daß zwischen den beteiligten Oppositionsparteien über diejenigen Wahlkreise, in denen die Reaktion an die Wand gedrückt werden kann, von Fall zu Fall verhandelt und je nach Maßnahme der meisten Ansichten dem einzelnen Kontrahenten die Kandidatur zugeschrieben werden soll. Daß es dabei ohne die Ueberlassung einiger Wahlkreise an die Socialdemokratie gegen den Gewinn neuer Wahlkreise mit Hilfe der Socialdemokratie nicht abgehen kann, liegt auf der Hand. Wenn der Freisinn z. B. in P r e s l a u eines von den drei Mandaten von vornherein der Socialdemokratie konzediert, um dafür einen andren sächsischen Wahlkreis durch die Mitwirkung der Socialdemokratie zu gewinnen, so wird man dies für durchaus zweckdienlich halten müssen. Wenn der Freisinn in P e r l i n an die Socialdemokratie von den neun Mandaten drei abtritt — wo er ohnedies Aussicht hat, zwei an die Socialdemokratie zu verlieren, sofern es nicht zu einer Verständigung kommt —, so wird er dabei reichlich auf seine Rechnung kommen, wenn er in verschiedenen Wahlkreisen der Provinz Brandenburg mit Hilfe der Socialdemokratie die Konserativen aus ihrer Position hinausdrängt. Auf diese Weise kann die Liste ihre geringe Mandatzahl vermehren, um mit gesteigerter Kraft ihre parlamentarische Thätigkeit im preussischen Abgeordnetenhaus zu beginnen. Es wird dann auch der unwürdige, die Karikatur politischer Gerechtigkeit darstellende, lächerliche Zustand anzuheben, daß die größte Partei des Deutschen Reiches und Preußens im preussischen Abgeordnetenhaus nicht vertreten ist, weil das den Junkern auf den Leib geschriebene Dreiklassen-Wahlrecht ein derartiges Monstrum von politischer Ungeheuerlichkeit zu Wege zu bringen vermag.

Pflicht der Wählermassen in dieser für den Liberalismus zu entscheidendster Bedeutung herangezogenen Frage ist es, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß sie es für das unerläßliche Gebot politischer Klugheit halten, zu einer Verständigung mit der Socialdemokratie zu gelangen. Pflicht der Wählermassen ist es ferner, keinen freisinnigen Wahlmann zu wählen, der sich nicht verpflichtet, in dem angedeuteten Sinne gemeinsam mit der Socialdemokratie die Reaktion zu bekämpfen und da, wo es die Situation erfordert, einem Socialdemokraten gegen einen Kandidaten der Reaktion die Stimme zu geben. Jeder freisinnige Wähler hat das Recht und die Pflicht, den ihm als Wahlmann vorgeschlagenen Wähler zu fragen, wie er sich zu einer gemeinsamen freisinnig-socialdemokratischen Aktion stellt. Erfolgt eine ausweichende, zweifelhafte, unbefriedigende Antwort, so wird jeder verständige freisinnige Wähler wissen, was er zu thun hat.

Die letzte Anregung zu befolgen, liegt im eigensten Interesse des Freisinnigen. —

**Die Kreis-Konferenz für Brandenburg-Besohavelland** beschäftigte sich mit den Landtagswahlen. Man beschloß, unmittelbar in die notwendige Kleinarbeit einzutreten. Für die Aufstellung von Wahlmännern war eine Tabelle nach der letzten Landtagswahl angefertigt, aus der ersichtlich, wo sich die Aufstellung von Wahlmännern unfruchtbar empfiehlt oder dies aussichtslos ist. Die Landtagswahl habe hier, so führte Genosse Sidow aus, insofern Bedeutung, als es uns mit Hilfe des Freisinnigen, der allerdings später für unsre Kandidaten stimmen möchte, gelingen könnte, gleich drei Konservative aus dem Sattel zu heben. Die Kandidatenfrage soll dem Central-Wahlkomitee zur Regelung übertragen werden.

Es wurde schließlich eine Resolution im Sinne des Berliner Beschlusses angenommen. —

## Partei-Nachrichten.

**Nach ein Glückwunsch** zu den Erfolgen unsrer Partei bei den Reichstagswahlen geht uns soeben zu. Es ist das Gewerkschafts-fest in Eibnen, welches ihn am 8. Juli absandte.

**Wegen Majestätsbeleidigung** ist — wie uns eine Privat-Depesche mitteilt — Genosse R i e s e, Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ am Dienstag zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt worden.

**Wahlkreis Ober-Barnim.** Die diesjährige Parteikonferenz findet am Sonntag, den 23. d. Mts. in Heegermühle bei Baugatz statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Kreis-Vertrauensmannes. 2. Rückblick auf die Reichstagswahlen und Stellungnahme zur Landtagswahl. Referent: R. Grund. 3. Parteipresse und Agitation. 4. Provinzialkonferenz und Parteitag. 5. Wahl des Kreis-Vertrauensmannes. 6. Anträge. Der Kreis-Vertrauensmann.

**In Heegermühle** (Kreis Ober-Barnim) wurde am Sonntag ein socialdemokratischer Wahlverein gegründet, dem sogleich 36 Genossen beitraten.

Eine Kreis-Konferenz für den Wahlkreis Kalau-Ludau tagte am Sonntag in Finsterwalde. Dieselbe war mit 53 Delegierten aus 25 Orten besetzt und beschäftigte sich hauptsächlich auf Grund der während der letzten Wahlen gewonnenen Erfahrungen mit der Organisationsform. Nach langer Debatte wurde beschloßen, in der nächsten Zeit eine Konferenz der Orts-Vertrauensleute einzuberufen, in der eine Aenderung der Organisation vorgenommen werden soll. Der Landtagswahlen wegen soll mit den in Betracht kommenden benachbarten Kreisen in Verbindung getreten werden. Zum Kreis-Vertrauensmann wurde W e h l e - Finsterwalde gewählt. Als Reichstags-Kandidat wurde einstimmig S c h u b e r t - Berlin aufgestellt.



liegen Neuerungen verschiedener Parteiverfassungen vor.

Der Kreistag des 11. hannoverschen Wahlkreises, der am Sonntag in Norheim tagte, sprach einstimmig die Ansicht aus, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten nach Berlin geschickt werden, um das Wohl des Volkes zu fördern und für eine neue Ordnung der Dinge zu arbeiten, zu agitieren, nicht aber zu repräsentieren.

Die Sozialdemokratie habe auf kein Recht zu verzichten, aber sich auch von niemand Bedingungen vorzuschreiben zu lassen, unter welchem sie ihre Rechte ausüben darf. Der Kreistag nahm einstimmig folgende Resolution an: „Der Kreistag sieht in der Art, wie Genosse Eduard Bernstein die Vizepräsidentenfrage in der Öffentlichkeit behandelt hat, bevor er seine Meinung in der Fraktion, deren Mitglied er ist, vertreten hat, eine Taktlosigkeit gegen seine Fraktionsgenossen. Der Kreistag ist der Meinung, daß Differenzpunkte in erster Linie in den betreffenden Körperlichkeiten zum Austrag zu bringen sind, da die Art des Vorgehens des Genossen Ed. Bernstein das Ansehen der Partei nur schadet; der Kreistag erwartet, daß auch Genosse Bernstein sich künftig bei Wahrung aller Meinungsfreiheit mehr dem Interesse der Partei als dem Sensationsbedürfnis anpaßt.“

Im sozialdemokratischen Wahlverein zu Hannover führte Genosse Meister zur Vizepräsidentenfrage aus, daß er mit den Vorschlägen Bernsteins nicht einverstanden sei. In der Fraktion sei jedenfalls so viel gesunder Sinn und sozialdemokratisches Gefühl vorhanden, daß sie derartige Zumutungen Bernsteins zurückweisen wird. Er betrachtet es als eine Beleidigung der Sozialdemokratie, daß von dieser Seite aus der Fraktion zugemutet werde, zu Hofe zu gehen; die Absicht der Antragsteller gehe dahin, die Partei zu verbürgerlichen. Die Frage des Vizepräsidenten und der Gang zum Schloß sei eine Prinzipienfrage. Eine gefällige Verpfändung bestehe für den Gang nicht; es sei im übrigen von den Sozialdemokraten nicht zu verlangen, daß sie sich eine Audienz erbitteln. Unter den Arbeitern sei man sich darin einig, daß es eine Ehrfrage für dieselben sein würde, wenn sie angefangen der Reden in Essen und Breslau den von Bernstein vorgeschlagenen Weg gehen würden. Das werde das Leitmotiv auch für den Parteitag sein, der wie ein reinigendes Gewitter wirken werde. Alle nachfolgenden Redner stimmten dem Genossen Meister zu und sprachen sich zum Teil sehr scharf gegen Bernstein aus. Dann wurden die nachstehenden Anträge, die als scharfer Protest gegen die Ansicht Bernsteins von Hannover aus gelten sollen, angenommen:

„Der Parteitag darf unter keinen Umständen dem Wunsche des Genossen Bernstein Rechnung tragen, sondern soll beschließen, daß er die Neuerungen Bernsteins mißbilligt.“

Die Partei kann auf das Recht, den ersten Vizepräsidenten im Reichstage zu beanspruchen, nicht verzichten, weigert sich aber, die durch die Verfassung nicht begründeten höfischen Verpflichtungen zu erfüllen.“

In einer Parteiverammlung des 10. sächsischen Wahlkreises sagte Reichstags-Abgeordneter Genosse Grünberg nach einem Bericht der „Chemnitzer Volksstimme“: In der Präsidentenfrage werde man dahin gelangen, daß wegen eines Besuches bei Hofe auf einen Platz im Präsidium nicht mehr verzichtet wird. Stellt man sich in Dresden auf einen ablehnenden Standpunkt, dann ist das verhängnisvoll. Der Redner spricht sich für die Befreiung des Vizepräsidentenplatzes aus. Die Hofstufung schadet uns nicht. Nach der ganzen Entwicklung der Dinge sei das notwendig. Deher-Geringwalde spricht sich dahin aus, daß die Fraktion die bedingungslose Abfassung eines Präsidentenbeschlusses fordert, sich aber nicht vorzuschreiben läßt, daß sie monarchische Gebräuche mitmacht. Walz-Döbeln fährt aus, es wäre schlimm, wenn der Parteitag in Dresden nicht Wichtiges zu debattieren hätte, als die Vizepräsidentenfrage. Es giebt eine große Anzahl anderer wichtiger Fragen, deren Besprechung viel notwendiger wäre. Schließlich Chemnitz wendet sich gegen Grünbergs Standpunkt. Den Vizepräsidenten bekommt die Fraktion nur, wenn sie mit dem Centrum ein Kompromiß dahin abschließt, daß die Sozialdemokraten für Völkerehre stimmen. Linse republikanischer Grundsatze verbietet uns zu Hofe zu gehen. Eine Förderung unsrer republikanischer Bestrebungen würde das Rücksichtige nicht sein. Meiner-Gartha hält die Frage für weniger wichtig. Selbst wenn wir den Sitz im Präsidium fordern, bekommen wir ihn nicht. Von Bedeutung wäre es allerdings, wenn wir im Präsidium sitzen. Der Hofbesuch schadet uns nicht. Reichstags-Abgeordneter Grünberg wendet sich energisch gegen die Ausföhrungen Grünbergs und tritt weiter nochmals für seinen Standpunkt ein, den er auch in der Fraktion vertreten werde. Hesse-Döbeln legt der Angelegenheit auch keine Bedeutung bei. Wenn wir stärker werden, werden die Bräute schwinden, an denen heute Anstoß genommen wird. Deher-Geringwalde will keinerlei Zugeständnis an die bürgerlichen Parteien. Wir können warten, bis wir selbst Macht haben, daß man uns die Rechte einräumt, die wir fordern können.

Die Parteigenossen in Düsseldorf beschließen: In Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse zwischen der Sozialdemokratie und der herrschenden Klasse bis zur Spitze der Regierung möge der Parteitag die Befreiung des Vizepräsidentenplatzes im Reichstage durch einen unsrer Abgeordneten unter der Bedingung, an den Besuchen bei Hofe teilzunehmen, ablehnen.

Im sozialdemokratischen Arbeiterverein für den Kreis Waldenburg (Schlesien) erörterte Genosse Klüß-Wreslau die Vizepräsidentenfrage. Er legte, wie die Wreslauer „Volksblatt“ berichtet, seinen Standpunkt dahin fest, daß unsre Fraktion schon aus agitatorischen Gründen das Amt des ersten Vizepräsidenten erlangen müsse. Man solle sich auch durch die angelegentlichste Bedingung des nächsten Besuchs nicht abhalten lassen, auf den Reichstagsanspruch zu bestehen. Wenn man uns trotz dieses Zugeständnisses nicht ins Präsidium wäle, so zeigen die Gegner dadurch, daß sie die Dreimillionen-Partei als minderen Rechts betrachten und behandeln. Der Besuch beim Kaiser habe wirklich nicht die Bedeutung, die ihm beigegeben würde. Wenn ein Mitglied der Partei der „Elenben“ als „vaterlandsloser Gesell“ zum Kaiser komme, würde das auch eine eigenartige Situation für den Kaiser ergeben. Zu der Besprechung des Vortrages schlossen sich alle Redner diesen Ausföhrungen an.

**Zum Parteitag**

beantragen die Genossen des ersten hannoverschen Wahlkreises: Der Parteitag möge entschieden Stellung nehmen gegen diejenigen Genossen, welche als Mitarbeiter an gegenwärtigen politischen und sogenannten unparteiischen Zeitungen das Ansehen der Partei schädigen und fortgesetzt der Propaganda unsrer Ideen und der Verbreitung unsrer Parteizeitungen schwere Hindernisse in den Weg legen. Ein anderer Antrag wünscht eine Aenderung des Organisationsstatuts dahingehend, daß die Vertretung auf dem Parteitage nach dem Verhältnis der abgegebenen sozialdemokratischen Reichstags-Wahlstimmen geregelt werde. Reichstagsmitglieder, welche ohne Delegiertenmandat auf dem Parteitage erscheinen, sollen nur beratende Stimme haben, auch sollen die Kosten für diese Abgeordneten von ihrer Wahlkreise getragen werden. Die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitage soll dem Fraktionsvorstand obliegen.

Die Düsseldorfener Parteigenossen beantragen: I. Der Parteitag möge beschließen, eine durchgreifende Aufklärungsarbeit über das Wissenswerte ist unverzüglich einzuleiten. Diefelbe ist von einer eventuell zu diesem Zwecke zu schaffenden Centralstelle planmäßig zu organisieren und auszuführen.

II. In Anbetracht der Zerstückelung auf dem Gebiete der Partei-Organisation und den sich hieraus ergebenden Unzulänglichkeiten wolle der Parteitag die Schaffung einer einheitlichen Partei-Organisation, welche eine bessere Föhrung mit dem Parteivorstand sowie mit den Parteigenossen unter sich ermöglicht, in Erwägung ziehen.

III. Der Parteitag möge sich mit der Frage befassen, in Städten, wo es angänglich ist, Klubs zu errichten, um begabte Parteigenossen als Referenten auszubilden.

**Aus Industrie und Handel.**

**Zur Erneuerung des Kohlenyndikats.** Die Rheinisch-Westfälische Ztg., das bekannte Specialorgan der Zechen, richtet zu der am 15. September stattfindenden Versammlung, die über die Reorganisation des Syndikats beschließen soll, nochmals einen langen Appell an die bisherigen Syndikatszechen, die sich mit der ihnen zugewiesenen Beteiligungsziffer nicht zufrieden geben wollen. Unter heißen Krokodilstränen ermahnt sie die Verwaltungen der Gewerkschaften „Graf Bismard“ und „Friedrich der Große“ sowie die „Magdeburger Bergverlagsgesellschaft“ und die Aktiengesellschaft „Concordia“, doch an ihre Verantwortlichkeit zu denken und nicht das Zustandekommen der für alle Beteiligten so profitablen und segensreichen Neu-Organisation durch ihren Widerstand zu hemmen. Ueber die bestehenden Differenzen mit diesen Zechen wird dabei folgendes ausgeführt:

Die Ansprüche der erstgenannten vier Zechen unterscheiden sich von denen anderer dadurch, daß sie noch ins Jahr 1902 zurückreichen, daß sie den Ausbau der neuen Schächte mit Genehmigung des Syndikats vornehmen und daß sie erhebliche Kosten bereits aufgewendet haben, deren Früchte ihnen nun entzogen werden sollen. Insbesondere trifft dies bei „Concordia“ zu. Sie wollen deshalb das Vorrrecht für alle diejenigen Schächtanlagen erhalten wissen, welche vor Ende 1902 begonnen waren. Es würden dabei etwa 4 Millionen Tonnen Mehrbeteiligung in Betracht kommen. Der Anspruch der Gewerkschaft „Graf Bismard“ geht dahin, für eine bisher als Weltertschacht benutzte, dann zur Förderung eingerichtete Anlage die im Verträge für Neuanlagen vorgesehene Beteiligung zu erhalten. Die Bergbau-A.-G. „Concordia“ ist mit der Anlage zweier großer Doppelschächte beschäftigt, deren Verechtigung vom Syndikat anerkannt ist. Die „Concordia“ verlangt für ihre Zustimmung zu der Erneuerung des Syndikatsvertrages die Zuerkennung der Förderbeteiligung ab 1. April für den ersten neuen Schacht und die Zusage, daß ihr auch für den weiter in der Abteufung begriffenen Schacht nach Fertigstellung die nach dem jetzigen Vertrag dafür zunehmende Förderung zugebilligt werde. So sehr man in Anbetracht der Geldopfer den Anspruch auch begrifflich finden kann, so muß man ihn vom Standpunkte des neuen Vertrages betrachtet verwerfen, und das Syndikat hält den Ansprüchen mit Recht entgegen, daß es eine mit nichts zu rechtfertigende Bevorzugung wäre, wenn diejenigen Schächtanlagen, die im Jahre 1902 begonnen seien, auf das Recht der Mehrbeteiligung verzichten sollten, während alle vorhergehenden es behielten. Verächtlicht man, daß gerade die Zechen „Graf Bismard“ ihre Beteiligungsziffer in der verfallenen Syndikatsdauer um etwa 125 Proz. erhöht hat, während die Gesamtbeteiligung im Syndikat nur um rund 85 Proz. und die Förderung um 42 Proz. gestiegen ist, daß ferner die „Concordia Bergbau-A.-G.“ im vorigen Jahre noch die Zechen „Steingatt“ erworben und stillgelegt und damit ihre Beteiligungsziffer um 210 376 Tonnen auf 1 286 376 Tonnen erhöht hat, berücksichtigt man ferner, daß gerade diese beiden Gesellschaften mit zu den rentabelsten und reichsten des Ruhrbezirks gehören, so sollte man meinen, daß beide Zechen vor andern in der Lage wären, ein Opfer zu bringen und auf eine Mehrbeteiligung zu verzichten, und dies um so mehr, als sich andre weniger günstig situieren zu einem solchen Opfer bereit gefunden haben. . . .

Es ist nicht anzunehmen, daß sie die Verantwortung auf sich nehmen werden durch eine ablehnende Haltung, die direkte Ursache an dem Scheitern der Verhandlungen zu sein. Würde doch der Zusammenbruch des Kohlenyndikats eine schwere Krise nicht nur für den Kohlenbergbau, sondern für unsre ganze rheinisch-westfälische Eisenindustrie und für unser gesamtes Wirtschaftsleben überhaupt heraufbeschwören.“

**Oberschlesische Kohlenkonvention.** Die Konvention hat, wie der „Wresl. G.-A.“ meldet, an ihre Mitglieder ein Rundschreiben versandt, das sich um Erledigung der Vorträge zur Verlängerung der Konvention auf weitere drei Jahre dreht. Jegendwelche Hindernisse stehen der Verlängerung nicht entgegen. Thatsächliche Beschlässe in dieser Beziehung sind allerdings noch nicht gefaßt worden, dürfen aber in einer der nächsten Sitzungen der Konvention zu stande kommen.

**Der Holztrag des deutschen Waldes.** Aus den amtlichen Erhebungen über Deutschlands Forsten und Holzungen, die 1878, 1883, 1893 und 1900 stattfanden, haben wir das Wichtigste schon in unsrer letzten Nummer an anderer Stelle wiedergegeben. Hier soll nur noch kurz auf einen besonderen Punkt eingegangen werden, auf den Ertrag der deutschen Forsten in den einzelnen Landesanteilen sowie auf die verschiedenen Holz- und Betriebsarten. Bei der Beurteilung der Ertragsziffern ist indes nicht zu übersehen, daß die Angaben nicht auf gleichmäßigen Grundlagen beruhen, weil die Anstrebnungsjahre zum Teil durcheinanderlaufen, und daß bei der mangelhaften Durchführung zahlreicher Waldbesitzer, bei den unregelmäßigen Kugungsverhältnissen der Gemeinde- und Genossenforsten vielfach nur Schätzungen möglich waren. Deshalb hat die amtliche Statistik auch mit Recht davon abgesehen, die Ertragsziffern auf die Waldflächenmehrmehr aufzurechnen, nur ein allgemeiner gehaltenen Vergleich erscheint vorläufig zulässig.

Der Gesamtertrag der deutschen Forsten und Holzungen beläuft sich danach auf rund 20 Millionen Festmeter Kuchholz, 18 Millionen Festmeter Brennholz und 10 Millionen Festmeter Stod- und Reisholz. Dazu kommen 135 000 Festmeter Eichenlothe und 101 000 Festmeter Weidenruten. Ganz interessant ist wie sich die Produktion der hauptsächlichsten Holzarten geographisch verteilt. Das Kuch- und Brennholz wird besonders vom rechtsrheinischen Süddeutschland geliefert, das von beiden Arten allein ein Drittel hervorbringt, während die Waldfläche nicht einmal ein Viertel des gesamten Forstbodens ausmacht. Für Stod- und Reisholz stehen das Großherzogtum Hessen, Hessen-Nassau, Waldeck, die beiden Lippe und der Regierungsbezirk Minden, dann vor allem Württemberg, Baden und Hohenzollern an der Spitze.

Sehr wertvoll für die Beurteilung des Wertes der Verstaatlichung der Forsten sind die Ermittlungen über das Verhältnis der Holzarten zum Ertrage. Den reichsten Ertrag von Kuchholz und Brennholz, die man bekanntlich unter dem Namen Drehholz zusammenfaßt, liefern nämlich, dank ihrer hohen Kuchholz-Erzeugung die Staatsforsten: auf sie entfallen 43,5 Proz. der Kuchholz- und 40,3 Proz. des Gesamt-Drehholztrages, obwohl sie nur 31,7 Proz. der deutschen Forstfläche einnehmen, während die Privatforsten zwar nur 38 Proz. und 37,8 Proz. Kuchholz und Drehholz stellen, aber 46,5 Proz. der Fläche innehaben. Was das Stod- und Reisholz anbelangt, so halten die Staats- und die freien Privatforsten die Spitze; doch liefert auch hierin die staatlichen Betriebe im Verhältnis zu ihrer Ausdehnung einen erheblich größeren Ertrag. Auch die Gemeinde- und Genossenforsten sind verhältnismäßig stark beteiligt.

Ihren besonderen Wert für den ursprünglichen Zweck gerade dieser Erhebung von 1900, für den Abschluß von Handelsverträgen, wie überhaupt für eine vergleichende Beurteilung des Ertrages des deutschen Waldes, würden diese Ertragsberechnungen aber erst bekommen, wenn man sie zur Einfuhr und Ausfuhr Deutschlands in Beziehung setzen könnte. Leider aber steht einem solchen Versuche die Verschiedenartigkeit der Anstrebnungswerte entgegen, denn nicht nur werden in der Außenhandelsstatistik die Holzarten des Rohholzes anders als in diesen Erhebungen abgegrenzt, auch ist vor allem die Maßeinheit dort die Gewichtstonne, hier das Festmeter.

**Gewerkschaftliches.**

**Berlin und Umgegend.**

**Achtung, Herrenmaj- und Maschinenfabrik-Schneider!** Wie bereits vor einigen Tagen mitgeteilt, sind die Kollegen in Wilhelmshaven seitens der dortigen Arbeitgeber ausgesperrt. Letztere versuchen nunmehr, Streikarbeit außerhalb und namentlich in Berlin anfertigen zu lassen. Zu Hilfe kommen ihnen jene Berliner Firmen, die bei jedem Streik auswärtige Arbeit anfertigen. Einen

besonderen Rang nimmt hierbei die Maschinenfabrikfirma Fabisch, Spandauerstr. 76, ein. Diese hat von der Firma Riese im Wilhelmshaven, in welchem Betriebe die Kollegen ebenfalls ausgesperrt sind, einen großen Posten Maschinen zur Anfertigung übernommen. Diese Arbeit ist Wilhelmshavener Streikarbeit. Da die Firma Fabisch in der hiesigen „Volks-Zeitung“ nach Arbeitern auf Maschinenfabrik inseriert, so eruchen wir die Kollegen, Arbeitsangebote dieser Firma zurückzuweisen und ihre Inserate in Zukunft unbeachtet zu lassen, da, wie und ferner mitgeteilt wird, auch andre Wilhelmshavener Arbeitgeber versuchen wollen, Arbeit auf diese Art an den Mann zu bringen, um die Berliner Kollegen zu indirekten Streikbrechern zu benutzen. Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der

Schneider.

**Zu der Lohnbewegung der Fliesenleger.** die im allgemeinen einen ziemlich günstigen Verlauf nimmt, ist eine wesentliche Aenderung nicht zu verzeichnen. Bisher sind ca. 100 Arbeitsberechtigungsarten angefertigt worden, doch ist die Zahl der zu den neuen Bedingungen Arbeitenden eine größere. Die Ausständigen können zumeist bei Firmen, welche bewilligt haben, untergebracht werden und auch nach auswärts werden Fliesenleger verlangt. — Verschiedene Firmen begahnen zwar den geforderten Stundenlohn, haben sich aber bisher geweigert, die Forderungen schriftlich anzuerkennen. Da nun angenommen wird, daß viele Unternehmer sich in der schlechten Konjunktur an das mündliche Versprechen nicht für gebunden erachten, so wurde in der Versammlung am Montag neuerdings beschlossen, daß überall dort, wo die Forderungen nicht schriftlich der Organisation gegenüber anerkannt werden, die Arbeit einzustellen ist. Nachdem nunmehr die übergroße Majorität der Fliesenleger zu den aufgestellten Forderungen arbeitet, so soll versucht werden, wie es auch von den Unternehmern, die bewilligt, gewünscht wird, die neuen Arbeitsbedingungen vor dem Gewerbegericht festzulegen. Außerdem wurde der Vorstand beauftragt, einen Situationsbericht zu veröffentlichen, in dem die Ursachen des gegenwärtigen Streiks ausführlich behandelt und nachgewiesen werden soll, daß der seiner Zeit zwischen der „Freien Vereinigung“ und den Unternehmern abgeschlossene Vertrag nur durch allerlei Machinationen zu stande gekommen und für die Allgemeinheit der Fliesenleger null und nichtig ist.

**Zum Streik der Feilenarbeiter.** Nach Mitteilungen der Lohnkommission ist der Stand des Streiks im wesentlichen unverändert. Bewilligt hat bis jetzt nur ein Arbeitgeber. Wenn auch die meisten der kleineren Meister wohl bewilligen möchten, so scheuen sie sich doch im Hinblick auf den Obermeister Mägde Frau in Pantow, der den größten Betrieb dieser Branche und die bedeutendste Schleiferei besitzt, und ohne den sie ihre Feilen hier selbst kaum geschliffen bekommen. Gar zu rosig scheint es den Meistern übrigens nichts zu gehen. Vor circa acht Tagen hatten sie nämlich beschlossen, keinen der Streikenden wieder einzustellen und auch dafür zu sorgen, daß niemand von diesen je wieder in Berlin und Umgegend Arbeit bekomme. Jetzt aber wenden sie sich schon wieder per Karte an die einzelnen Arbeiter und erlauben sie, zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. — In Pantow haben die Streikposten über das Verhalten der Polizei-Organe lebhaft zu klagen. Am Montag gab es sogar einen Zusammenstoß zwischen Streikposten und „Arbeitswilligen“, der von den letzteren direkt provoziert war. Unter den Augen der Gendarmen erlaubten sich „die für den Staat so besonders nützlichen Elemente“, die Streikenden zu beschimpfen und sogar thätlich anzugreifen, ohne daß sie von den Beamten im geringsten daran gehindert wurden. Nur der Besonnenheit der Ausständigen ist es zu danken, daß es dort nicht zu ernstern Zwischenfällen kam.

**Achtung, Sattler aller Branchen!** Die Differenzen bei der Firma Gebr. Leonthardt, Alte Jakobstr. 80, sind zu Gunsten der Kollegen erledigt.

Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Sattler-Verbandes.

**Der Verband aller in der Stickeri-Branche Beschäftigten** teilt uns folgendes laum gläubliche Vorkommnis mit: Es ist leider noch stellenweise Sitte, daß die Arbeiterinnen in der Saison, sich wohl dem Zwange fügend, nach Feierabend Arbeit zum Ausschneiden mit nach Hause nehmen. Seit einiger Zeit ist nun den Arbeiterinnen bei D. Riese angekündigt worden, daß solche Ausschneide-Arbeit, welche bis morgens 8 1/4 Uhr nicht abgeliefert ist, nicht bezahlt wird, und ist es auch demgemäß geschehen. Wenn man nun bedenkt, daß diese jungen Mädchen den ganzen Tag angestrengt (und dafür wird bei D. Riese gesorgt) gearbeitet haben, dann noch vielleicht bis abends 12 Uhr und morgens, ehe sie nach dem Geschäft gehen, zu Hause ausschneiden, so ist es wohl allem Anstand und guter Sitte ins Gesicht schlagend, wenn sie diese Nachtarbeit anstatt besser, überhaupt nicht bezahlt bekommen, sofern nicht, wie oben bemerkt, bis 8 1/4 Uhr geliefert ist.

**Deutsches Reich.**

**An die Arbeiterschaft Deutschlands** wenden sich die Ausständigen der Langjahren Maschinenfabrik in Mannheim mit einem Aufruf, der nach einer Darlegung der von uns bereits mitgeteilten Ursachen des Streiks mit den Worten schließt:

Nicht unser Wille war es, diesen Kampf aufzunehmen, er ist uns aufgezwungen worden. Nun gilt es aber ihn mit aller Energie durchzuführen! Es ist der Arbeiterschaft schon oft gelungen, den Uebermut des Unternehmertums zu dämmen, wenn sie nur einig ist. An Euch Kollegen, Arbeiter aller Berufe, richten wir nun die Aufforderung, uns in diesem schweren Kampfe beizustehen. Sorgt, daß keine Streikbrecher nach Mannheim kommen, unterstützt uns in jeder Hinsicht moralisch, wie materiell! Unser Sieg ist auch Euer Sieg. Derselbe Fabrikantenübermut, der heute uns in den Kampf getrieben, der kann sich morgen an Euch versuchen. Darum zeigt unsern Kampf gegenüber dieselbe freudige Solidarität, die sich schon oft bewährt hat. Helft nach jeder Richtung, helft ausgiebig, helft sanft! Das Central-Streikkomitee.

Adresse des Streikkomitees: Restaurant „Volksstamme“, R. 3, 14. Geldsendungen sind zu richten an Philipp Jahn, R. 3, 14.

**Kampferfreie in Hannover.** Nachdem die Ansicht auf glückliche Einigung mit den Meistern geschwunden ist, haben die Arbeiter am Montag fast einstimmig die Arbeit niedergelegt. Es arbeiten nur noch diejenigen, welche in Kündigung stehen. Gefordert wird in der Hauptsache ein Stundenlohn von 60 Pf.

**In der Webefabrik von S. Tische in Wittenberge** haben sämtliche Arbeiter nach vorhergegangener Kündigung am 15. d. M. die Arbeit niedergelegt, weil ihnen die achtjährige Lohnzahlung anstatt der vierzehntägigen nicht bewilligt und ein Verbandsmitglied gemahregelt wurde. Die Ausständigen haben zwar in andren Verständen Arbeit gefunden, sie eruchen jedoch, den Zugang nach der Tieschenschen Fabrik fernzuhalten, damit der Fabrikant zur Bewilligung der geforderten Forderung gezwungen wird.

**Die streikenden Osenfelder in Dresden** haben am Freitag beschlossen: Da die angebotenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu einem annehmbaren Ergebnis nicht geführt haben, bei Fortdauer des Streiks aber nicht nur die Interessen unsres Gewerbes, sondern auch die von Nichtbeteiligten schwer leiden, ersucht die Versammlung des Herrn Oberbürgermeister Deutler, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vermitteln einzugreifen. Sollte auch dieser Schritt fehlschlagen und die Arbeitgeber auf ihrem jede Einigung ablehnenden Standpunkt stehen bleiben, beschließen die Ausständigen noch einstimmig, auch ferner im Generalstreik zu beharren.

**Zum Streik in der Leinwandfabrik von Groß in Leipzig** wurde am Montag in einer Versammlung der Berliner Vergolder mitgeteilt, daß in Berlin von vier Firmen Streikarbeit angefertigt worden sei. Die daselbst beschäftigten Verbandskollegen haben jedoch sofort die Arbeit niedergelegt, als ihnen bekannt gegeben, um was es sich handelte. Besonders reichlich war die Firma Johanne in der Vorstraße mit Leipziger Streikarbeit bedacht worden. Nachdem aber die gelehrten Arbeiter die Anfertigung derselben verweigert und den Betrieb verlassen hatten, ließ die Firma die dort noch beschäftigten







Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Am Mittwoch, den 19. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, spricht der Reichstags-Abgeordnete Fritz Zubeil im sozialdemokratischen Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis über: „Die Socialdemokratie nach den Reichstagswahlen“ im Hofäger-Palast, Hafenseide 52/53.

Dritter Wahlkreis. Donnerstag, den 20. August, 7 1/2 Uhr, abends. Der Vorstand.

Wahlung, Genossinnen und ehemalige Mitglieder des aufgelösten Frauen-Wahlvereins! Donnerstag, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, findet eine Versammlung in den „Arminhallen“ statt, wo über den Dresdener Parteitag und die Brandenburger Konferenz referiert wird. Gleichzeitig event. Wahl von Delegierten hierzu. (Näheres siehe Dienstag-Announce.) Um zahlreiches Erscheinen bitten Die Vertrauenspersonen.

Treptow-Vaumschulenkweg. Der Wahlverein hält heute abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Adernmann seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: 1. Preussische Landtagswahlen. 2. Anträge und Wahl der Delegierten zur Generalversammlung des Kreises. 3. Abrechnung von der Reichstagswahl. 4. Unser Stiftungsfest. 5. Verschiedenes.

Kummelsburg-Voghen. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Panthen, Neue Prinz Albrechtstr. 70/71 (Apt), öffentliche Versammlung des Wahlvereins. Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für Adlershof. Donnerstag, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale von Fiedler, Dypenstr. 66. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Die Landtagswahl. Referent: Der Reichstags-Abgeordnete untes Kreises Genosse Fritz Zubeil-Berlin. 3. Diskussion. 4. Kasienbericht. 5. Wahl der Delegierten für die am 30. d. Mts. stattfindende Generalversammlung des Central-Wahlvereins. Wahl eines Hilfskassierers. 6. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Lokales.

Was die Polizei fertig bringt — und was sie nicht fertig bringt.

Am 28. Juli teilten wir mit, daß seit dem 24. Juli der Gärtner Ernst Schulze, Blumenstraße 35 wohnhaft, von seinen Angehörigen vermißt werde. Der im 73. Lebensjahr stehende, seit längerer Zeit an Gehirnerweichung leidende Greis war gegen Abend auf die Straße hinuntergegangen, war nicht wiedergekommen und hat dann Wochen hindurch trotz häufigster Vernehmung der Polizei und trotz aller persönlichen Bemühungen seiner Familie nicht ermittelt werden können. Jetzt endlich ist der Vermißte aufgefunden worden, aber unter sonderbaren Umständen und in bejammernswerter Verfassung.

In der vorigen Woche wurden die Angehörigen Schulzes von der Polizei benachrichtigt, daß im Tiergarten ein alter Mann, Namens Ernst Schulze, in hilflosem Zustande angetroffen worden sei. Die erwachsenen Töchter des Vermißten begaben sich nach der Polizeiwache am Hippodrom und fanden hier ihren Vater vor, aber sie erschrafen über den Anblick, der sich ihnen bot. Der Greis war entkräftet und zeigte auf dem Rasenrücken sowie auf der rechten Hand Spuren von Verletzungen — diese, bereits im Verheilen begriffene Schorfe. Später stellte sich heraus, daß er auch am linken Schienbein einen gleichen Schorf und im Nacken eine starke Geschwulst hatte. „Vater, wo hast Du denn die Nase her?“ rief entsetzt die eine der Töchter, als der Vermißte ihr zugeführt wurde. „Die Wunde da, die Wunde da!“ stammelte der bedauernswerte alte Mann. Um Irrthümern vorzubeugen, wollen wir hier ausdrücklich erklären, daß er mit der „Wunde“ nicht die Schulzeute der Wache am Hippodrom gemeint haben kann. Er war erst am Abend vorher auf dieser Wache eingeliefert worden, während die Schorfe erkennen ließen, daß die Verletzungen wohl schon ein paar Wochen alt sein mußten. Im übrigen hat Herr Schulze seinen Angehörigen die Versicherung gegeben, daß er auf der genannten Wache von „guten Leuten“ freundlich und sorgsam behandelt worden sei.

Es entstand nun die Frage, wie der alte hilflose Mann nach dem Tiergarten gekommen war und wann, wo und wie er die Verletzungen erlitten haben konnte. Zunächst wurde festgestellt, daß er an demselben Tage, an dem man ihn abends im Tiergarten auffand, vormittags aus der Stadtvogtei entlassen worden war. In die Stadtvogtei war er vor längerer Zeit — wann, wissen vorläufig nur die beteiligten Beamten — als „Bettler“ eingeliefert worden. Er hatte hier Wochen hindurch in Untersuchungshaft gesessen, war aber schließlich freigesprochen worden. Der Entlassungsschein der Stadtvogtei, den man bei ihm fand, lautete auf „Gärtner Ernst Schulze“, enthielt aber keine Wohnungsangabe; die Wohnung scheint der gedächtnisfähige Greis nicht mehr gewußt zu haben. Von der Stadtvogtei war Schulze als wohnungslos nach dem städtischen Obdach in der Pröbdestraße abgeschoben worden, von hier aber war er kurz nach seiner Ankunft entwichen und nach dem Tiergarten gewandert, wo er dann endlich der Polizei in die Hände fiel. Sonderbar und auffällig ist, daß bis dahin den zuständigen Behörden verborgen geblieben war, daß der bei der Polizei als vermißt gemeldete, seit Wochen gesuchte „Gärtner Ernst Schulze“ und der von der Polizei als „Bettler“ aufgegriffene, Wochen hindurch in der Stadtvogtei zurückgehaltene „Gärtner Ernst Schulze“ ein und dieselbe Person war. Die Polizei, die es fertig gebracht hatte, den im 73. Lebensjahr stehenden Mann, den selbst ein Laie nach kurzer Unterredung als geisteskrank erkennen muß, unter dem Verdacht der Vettelei zu verhaften und entsprechend einzuliefern, brachte es nicht fertig, den in polizeilichem Gewahrsam Sitzenden, dessen Name hier festgestellt wurde, aufzufinden und rechtzeitig seinen Angehörigen zuzuführen.

Ob sie nun wenigstens das fertig bringen wird, zu ermitteln, wie Herr Schulze zu seinen Verletzungen gekommen ist? Die Verletzungen machen nicht den Eindruck, als seien sie auf einen Unfall zurückzuführen. Man muß eher annehmen, daß Schulze einen Aufschub ins Genick erhalten hat und dann auf Treppentritten gefallen ist. Möchte es gelingen, den feigen Schuft, der an einem altersschwachen, geisteskranken Greis sich zu vergreifen den erbärmlichen Mut gehabt hat, zu ermitteln und dem Gericht zu überliefern! Schulzes Angehörige haben sich Mühe gegeben, zunächst einmal herauszutragen, in welchem Revier er als „Bettler“ aufgegriffen worden ist, um festzustellen, in welchem Zustande er sich damals befand. Bei der Polizei haben sie die erbettene Auskunft vorläufig nicht erhalten; am Alexanderplatz antwortete man, eine solche Auskunft erteile man nicht. Es wird hiernach der Familie nur übrig bleiben, die Sache dem Staatsanwalt zu übergeben. Als Fingerzeig kann vielleicht ein Pötteleien diener, das nachträglich in Schulzes Westentasche gefunden wurde und auf dem in geläufiger Dandschrift geschrieben steht: „33. Polizeirevier: ein Regenschirm,

dem Antscher R. R. gehörig“. Wir lassen hier den Namen fort; die Polizei kann ihn bei der Familie Schulze erfahren und dann vielleicht feststellen, ob der Fettel von Schulze selber gefunden und mitgenommen oder ihm im Polizeigewahrsam von anderer Seite zugefickt worden ist.

Ueber den Fortgang der Sache werden wir unsere Lesern berichten. Hoffentlich kommen wir in die Lage, auch mitzuteilen, ob es wahr ist, daß man in der Stadtvogtei die Verletzungen gar nicht bemerkt hat. Als die Angehörigen Schulzes sich an Ort und Stelle erkundigten, bekamen sie die Antwort, man wisse von nichts.

Ueber die Verhältnisse der hiesigen Untergrundbahn und die beabsichtigten Verbesserungen wird jetzt folgende amtliche Darstellung gegeben: Die baulichen Anlagen, Betriebsmittel und Einrichtungen der hiesigen Untergrundbahn sind wesentlich anders gestaltet als die der Pariser Untergrundbahn und zweifellos derartig, daß ein Unglücksfall wie der dort vorgekommene hier mindestens sehr unwahrscheinlich, wenn nicht ausgeschlossen erscheint. Die Ein- und Ausgänge der Stationen sind im Gegensatz zu Paris räumlich ausreichend, bequem zugänglich und vom Tageslicht erhellt. Die Herstellung von weiteren Ausgängen am anderen Ende der Bahnsteige erscheint daher nicht erforderlich. Die Lichtleitungen des Tunnels und der Stationen der Untergrundbahn sind unabhängig von der Stromleitung für den Betrieb. Die Wagen sind in ihrer Bauart und ihrem Material derartig eingerichtet, daß eine Entzündung bei Kurzschlüssen ausgeschlossen erscheint und daher eine gefährliche Entwicklung von Rauch und Qualm nicht zu befürchten ist, zumal die Wagen im Gegensatz zu den Pariser Wagen mit Eisenblech verkleidet sind. Zur weiteren Erhöhung der Sicherheit soll die Beleuchtung des Tunnels so wesentlich verstärkt werden, daß selbst bei völligen Erlöschen der Beleuchtung im Innern der Wagen infolge einer Betriebsstörung eine für alle Fälle ausreichende Beleuchtung vorhanden ist. Diese Vorarbeiten des Tunnels soll in erhöhtem Maße gegen äußere Einflüsse geschützt werden, da in ihrem tabulosen Zustande die beste Gewähr für die sichere Entleerung der Wagen in Fällen der Gefahr liegt. Um das gefahrlose Verlassen der Wagen und das ungehinderte Erreichen der nächsten Station im Tunnel zu ermöglichen, werden Einrichtungen getroffen werden, daß jeder den Zug begleitende Beamte den elektrischen Betriebsstrom an jeder Stelle sofort ausschalten kann. Hierdurch wird das Herannahen von Zügen auch auf dem anderen Geleis unmöglich gemacht und jede Gefahr bei Verletzung der Schienen beseitigt. Ferner ist Vorsorge getroffen, daß die Schaffnerstände am Ausgange der Bahnsteige leicht zur Seite geschoben werden können und daß die schon vorhandenen Vorrichtungen vermehrt und verbessert werden. Daneben werden Versuche gemacht werden, ob durch Herstellung von Schächten mit Aufzügen eintretendensfalls eine Rauchbeseitigung und schnellere Jungensfähigkeit des Bahnpersonals für Feuerwehre und andere Hülfsmittel zu ermöglichen ist, und ob die Einrichtungen zum schnellen Verlassen der Wagen verbesserungsfähig sind. Für die Bahnbekanntnisse werden die bestehenden Dienstvorschriften insbesondere im Hinblick auf die bei Unglücksfällen zu ergreifenden Maßnahmen ergänzt werden, und für das Publikum wird eine kurze, leicht verständliche Belehrung darüber, wie es sich in den Fällen der Gefahr zu verhalten hat, veröffentlicht werden. — Bei der Verhandlung ist auch die gelegentliche Ueberfüllung der Wagen zur Sprache gebracht worden. Die Bahnverwaltung wird angehalten werden, durch fortwährende Vermehrung und Verjüngung der Züge ihr vorgebeugen. — Uns scheint es auch notwendig, daß die ganz und gar unpraktische Anbringung der Türen an den Waggons geändert wird und dieselben mit Nurrasten und erheblich mehr Türen ausgerüstet werden. Es ist geradezu ein Wunder, daß das Ein- und Aussteigen auf der Bahn bisher noch ohne Unfall abgegangen ist.

Die Krankenhaus-Verhältnisse Berlins beschäftigten anfangs dieses Jahres die Stadtverordneten-Versammlung infolge einer Notiz der „Deutschen Krankenkassen-Zeitung“, welche die Ueberfüllung der Krankenhäuser an einigen Beispielen zeigte. An Hand des im preussischen Ministerium der Medizinalangelegenheiten bearbeiteten amtlichen Berichts: „Das Sanitätswesen des preussischen Staates 1898/1900“ zieht jetzt die erwähnte Zeitung aus dem amtlichen Material Ziffern u., welche das Unzureichende der Berliner Krankenhäuser durchaus erhärten. Während selbst industriearme Bezirke die Bettenzahl der Krankenhäuser beträchtlich erhöhten, blieb Berlin für 1898—1900 bei rund 8000 Betten. Die normale Belegung der Krankenhäuser ist 241 Tage; in Berlin betrug sie 1900: 360 Tage! Die Durchschnittsdauer eines Krankenhausaufenthaltes beträgt für Preußen 82 Tage; in Berlin betrug sie 1898: 27, 1899: 26,1, 1900: 25,9 Tage. Die Sterblichkeit unter je 100 in Krankenhäusern Verhandelten beträgt für Preußen ca. 6,5 Personen, für Berlin stellte sie sich 1898 auf 8,0, 1899 auf 10,4, 1900 auf 10,8 Personen. In allen diesen Positionen hat gegenüber den 35 preussischen Regierungsbezirken der Stadtkreis Berlin die weitaus ungünstigsten Ziffern. Mit der Bettenzahl, berechnet auf je 10 000 Einwohner, kommt Berlin mit 42,0 Betten erst an vierter Stelle, während die Bettenzahl für die Regierungsbezirke Köln, Münster und Bielefeld bei 60,2, 50,8 resp. 43,0 beträgt. Da der Bevölkerungszuwachs für Berlin allein jährlich 120 Krankenhausbetten mehr erfordert, so werde die Eröffnung des Virchow-Krankenhauses nach Ansicht der „Krankenkassen-Zeitung“ und unbefriedigenden Zustände nicht beseitigen. Es sei dringend die schleunige Inangriffnahme weiterer Bauten erforderlich.

Die Chancen für Einführung des Rühr-Ladenschlusses in Berlin scheinen günstig zu stehen. Durch die Erhebungen der Kommission für Einführung des Rühr-Ladenschlusses wurde festgestellt, daß die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit bei folgenden Branchen vorhanden ist: Fahrrad, Stempel, Drechselwaren, Herrenkonfektion, Papierwaren, Eisenwaren (Haus- und Küchengeräte) und Juwelenverlauf. Ueberhritten ist das erforderliche Drittel der Gesamtheit der Branche für einen Antrag auf Einführung des Rühr-Ladenschlusses bei der zuständigen Behörde bei Schmitt, Wäse, Korsett, Leinen, Putz, Polamentier- und Modewaren, Damenkonfektion, Schuhwarenhandel, Sattler-, Kurz- und Ledervern, Droguen-, Licht- und Seifengeschäften. Auch Kolonialwarengeschäfte haben sich für den früheren Ladenschluss erklärt, obgleich bei Sammlung von Unterschriften die Nahrungs- und Genussmittelbranchen (Schlächter, Bäcker, Kolonialwaren-, Milch und Blumengeschäfte) so gut wie gar nicht mit einbezogen wurden. In Berücksichtigung ist noch zu ziehen, daß bisher noch immer nicht alle Geschäfte der genannten Branchen befragt worden sind, so daß das Verhältnis sich noch im Sinne der Freunde des früheren Ladenschlusses verbessern kann. Ganz besonders erwähnenswert ist noch die Feststellung, daß sich gerade im Norden und Osten unter den kleinen Geschäftsleuten, die allgemein als Gegner des früheren Ladenschlusses gelten, die meisten sich bereit fanden, ihre Unterschrift zu geben. Im allgemeinen steht fest, daß sich fast sämtliche Branchen, mit Ausnahme der Nahrungs- und Genussmittel, in einer Stärke von mehr als einem Drittel für den Rühr-Ladenschluss erklären, so daß überall ein dahingehender Antrag gestellt werden kann. Die Juwelen- und Eisenwaren-Geschäfte haben bereits einen Antrag zur Einführung des Rühr-Ladenschlusses gestellt. Etwa 4000 Geschäftsinhaber haben sich unterschrieben für den Rühr-Ladenschluss erklärt.

Der neue Winter-Fahrgelände, der mit dem 1. Oktober in Kraft tritt und den Berliner die Durchführung der Stadtbahn bis nach Lichtenberg-Friedrichsfelde bezw. Kaulsdorf bringt, wird an den Verkehrsverhältnissen der Vorortstrecke Berlin—Strausberg nur sehr wenig ändern. Es wird vormittag und nachmittag je ein Zug mehr verkehren, so daß der Ein- und Aussteigen seiner endlichen Durchführung näher rückt. Die Fahrzeit von Berlin nach Strausberg und umgekehrt wird um 7 Minuten verlängert, weil zwischen Schleißer Bahnhof und der Station Kaulsdorf nicht mehr an-

gehalten wird. Eine Herabsetzung des Fahrpreises ist dagegen nicht zu erwarten, so teuer derselbe auch gerade für diese Strecke ist. Die Abzogenen würden schon sehr zufrieden sein, wenn in der Fahrpreis-Berechnung eine gewisse Gleichheit herbeigeführt würde. Vom Schleißer Bahnhof bis nach Kaulsdorf kostet eine Fahrkarte für den Vorortzug nur 20 Pf. Dabei liegt Kaulsdorf bereits über die erste Hälfte der ganzen Strecke hinaus. Dagegen kostet die zweite, kürzere Hälfte von Kaulsdorf nach Strausberg 35 Pf., also fast das Doppelte des Fahrpreises der ersten Hälfte. Von dieser Gleichstellung will aber der Eisenbahnklub so wenig wie von jeder anderen Fahrpreis-Ermäßigung etwas wissen. Wir leben eben nicht in dem „halbwildem Ungarn“.

Ein Strafverfahren wegen Meineids ist gegen den Eigentümer des Theaters des Westens Baumeister Leonhard Sehring eröffnet worden. Das Theater des Westens ist durch seine zahlreichen Wandlungen und Prozesse schon bekannt. Direktor Paul Blumenreich und Kunstmaler Dvorak wanderten als Miteigentümer Sehrings auf längere Zeit ins Gefängnis. Der Bruder Bernhard Sehrings, Buchdruckermeister Hermann Sehring in Magdeburg, der eine Teilung Eigentümer war, verlor sein Vermögen und mußte in eine Verberghausanstalt gebracht werden. Jetzt giebt es einen neuen Anach. Die Direktoren Hofpauer und Beder haben verträglich das Theater am letzten dieses Monats zu räumen, um Direktor Pfaff als neuem Pächter Platz zu machen. Wegen finanzieller Streitigkeiten aber ist ein Prozeß entstanden, der Baumeister Sehring veranlaßt, gegen die bisherigen Pächter die Klammungslage anzustrengen. Deren Vollziehung ist dieser Tage schon mehrfach versucht worden, bisher aber noch ohne Erfolg. Gegen Bernhard Sehring aber richten sich eine Menge Strafanzeigen, an denen auch der frühere Miteigentümer Dvorak beteiligt ist. Sie hatten ein umfangreiches Ermittlungsverfahren und nunmehr die Eröffnung eines Strafverfahrens wegen Meineids zur Folge. Die Grundlage des Verfahrens bildete ein Offenbarungseid, den Sehring im August 1898 leistete.

Der geisteskranke Fahrgeld-Preller. Ein Schrecken der Berliner Droschkensünder war ein Fahrgeld-Preller von vornehmlichem Aussehen und eleganter Kleidung, der sich hundertlang herumfahren ließ, um entweder während der Fahrt unbemerkt aus dem Wagen zu verschwinden oder sich durch den zweiten Eingang des Hauses, vor das er sich fahren ließ, aus dem Staube zu machen. Einem der geschädigten Droschkenfahrer gelang es, den Liebhaber von Freifahrten in dem königlichen Bau-Inspektor Krüger, Schönberg, Ebersstr. 81, zu ermitteln. Als ein Versuch, auf gutem Wege zu dem Gelde zu kommen, mißglückte, wurde bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gemacht. E. erstattet. Darauf lief nun folgender Beiseid ein: „Der Bau-Inspektor Krüger, der Sie um 9,00 M. geschädigt hat, ist geisteskrank und kann deshalb nicht bestraft werden. Das zu seiner Unschädlichmachung Erforderliche ist nunmehr veranlaßt.“ — Was manche besser situierten Leute nicht für „verrückte“ Ideen haben, sind dann aber nicht die Verwandten des Herrn G., welche den „Geisteskranken“ frei umher laufen lassen, zum Schadenersatz mindestens moralisch verpflichtet?

Das Opfer eines entsetzlichen Unfalls wurde gestern nachmittag auf dem Markus-Kirchhof beerdigt. Der 43 Jahre alte Kellner Karl Sommer aus der Großen Frankfurterstr. 71 fuhr vor acht Tagen mit einem Straßenbahnwagen durch die Adalbertstraße nach seiner Arbeitsstelle, dem „Casé Heine“ in der Hafenseide. In der Nähe der Waldemarstraße begegnete dem Straßenbahnwagen ein durchgehendes Pferd mit einem Geschätzswagen einer Eisenwarenhandlung. Um dem drohenden Unheil zu entgehen, wollte Sommer von der vorderen Plattform, auf der er stand, abpringen. Als er aber auf dem Tritt stand, stürzte das Pferd unmittelbar vor ihm, der Scherbaum ging dabei in die Höhe und eine Stange drang dem Unglücklichen in den Unterleib. Der Verunglückte wurde bewußtlos in einer Droschke nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, wo er seinen Verletzungen erlag.

Drei Selbstmorde durch Erhängen werden vom gestrigen Tage gemeldet. Der Hausdiener Wilhelm Haal aus der Anklamerstr. 51 litt seit zwei Jahren an der Schwindelucht und hatte keine Aussicht auf Heilung mehr. Während sich gestern nachmittag seine Frau auf ihrer Arbeitsstelle in einer Putzfabrik befand, erhängte er sich im Vette liegend mit einem Bindfaden an einem Hosen des Bettes, nachdem er seine beiden kleinen Kinder zum Spielen auf die Straße geschickt hatte. Haal war 35 Jahre alt. Sein Selbstmord wurde entdeckt, als die Kinder abends des Spielens müde Einlaß in die Wohnung verlangten und sie verschlossen fanden. — Der 45 Jahre alte Geschäftsdienstler Rudolf Schulze aus der Postmannstraße Nr. 23 war seit 1 1/2 Jahren in einer Leinenhandlung in der Markgrafenstraße thätig. Diese wird jetzt auferkauft und aufgegeben. Schulze hatte schon wiederholt seinem Vorgesetzten Rüdiger gegeben. Nachdem er noch vom Sonntag zum Montag seinen Nachtdienst versehen hatte, erhängte er sich im Laufe des Tages in seiner Wohnung am Bettposten, während seine Frau, mit der er in kinderloser Ehe lebte, verweist ist. Ein Freund, der ihn besuchen wollte, fand ihn als Leiche auf. — Ein langjähriges Weib trieb die 58 Jahre alte Ehefrau Marie des Straßenbahnfahrers Engelmann aus der Andreasstr. 24 in den Tod. Frau Engelmann brachte sonst jeden Tag ihrem Manne das Mittagessen nach dem Bahnhof. Als sie gestern nicht kam, ließ der Mann sich ablösen, eilte, von einer bangen Ahnung getrieben, nach Hause und fand seine Frau als Leiche an der Klinke der verschlossenen Korridor-thür hängen.

Erschossen hat sich wegen eines Herzleidens der 44 Jahre alte Hauptmann Richard Hörg vom 79. Infanterie-Regiment in Hildesheim, der seit zwei Jahren Leiter der Druckchristen-Abteilung im Kriegsministerium war. Die Leiche wurde nach dem Garnisonlazarett gebracht, die Wohnung zur Sicherstellung des Nachlasses von der Revierpolizei geschlossen.

Arbeiter-Unfall. In der Jalonsfabrik von Max Senn in der Feuerstraße 50 verunglückte gestern nachmittag der Fräiser Hermann Zietel an der Präzisionsmaschine. Auf der Maschine war ein Riemen verlegt ausgelegt. Als nun Z., der diesen Riemen nicht bemerkte, die Maschine benutzen wollte, wurde er von dem zu bearbeitenden Holzstück direkt mit der rechten Hand in dieselbe hineingezogen. Er schnitt sich das letzte Glied des kleinen Fingers und anderthalb Glieder vom Ringfinger ab. Ringfinger und Mittelfinger hat der Verunglückte bei einem ähnlichen Unfall vor fünf Jahren verloren. Dem Verletzten wurde auf der Unfallstation XII zu Magdof der erste Verband angelegt.

„Menschenleben in Gefahr!“ Dieser Alarm rief gestern nachmittag um 5 1/2 Uhr mehrere Löschzüge der Feuerwehr nach der Brunnenstr. 79. Dort auf dem Grundstück der Schneidemühlens-Firma A. Haderer war ein Arbeiter bei der Bedienung eines Fahrschwabes durch Umfallen eines Bretterstapels unter diesen geraten und zwischen den Fahrschwab gelassen worden. Die Feuerwehr, die sofort in großer Stärke ausgerückt war, konnte den Mann, der anscheinend keine ernstlichen Verletzungen erlitten hat, bald aus seiner gefährlichen Lage befreien. Vorher hatte die Feuerwehr in der Pennestr. 24 zu thun, wo vorn zwei Treppen rechts in der Wohnung von Frost Mobilien und Immobilien brannten. Die Ehefrau Frost, der eine flüssige Spiritus explodiert war, wodurch das Feuer schnell an Ausdehnung gewonnen hatte, hat schwere Brandwunden an den Beinen und Armen erlitten und wurde auf Anordnung eines Arztes unverzüglich mit einem Krankenwagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen befördert. — Gleichzeitig wurden noch zwei Brände aus der Liesenstr. 7 und Wöhlertstraße gemeldet.



**Arbeiter-Bildungsschule.** Sonntag, den 23. August: Familien-Ausflug nach Friedrichshagen - Rahnsdorfer Mühle. Abfahrt des Zuges Alexanderplatz 8<sup>00</sup>, Schleißer Bahnhof 9<sup>00</sup> Uhr. Treffpunkt bei 10<sup>15</sup> Uhr vormittags Rogalls Gesellschaftshaus, Friedrichshagen, Friedrichstr. 69, am Bahnhof. Für Nachzügler, welche bei Rahnsdorf fahren, von 12 Uhr mittags ab „Gasthaus zur Rahnsdorfer Mühle“.

Der Vorstand.

**Zwei Motor-Zweirad-Kennen** hat der Sportpark Friedenau für Sonntag, den 23. August er., an welchem Tage bekanntlich der große Preis von Berlin über 100 Kilometer zur Entscheidung kommt, noch ausgeschrieben. Die Startliste für den großen Preis ist geschlossen, Teilnehmer der internationalen Konkurrenz sind Kobl, Contenet, Dientmann, Gornemann, Käfer, Rhyer.

### Aus den Nachbarorten.

**Zu dem Eisenbahn-Unfall bei Lichterfelde** schreibt man uns: Ueber den Eisenbahn-Unfall auf der Strecke bei Groß-Lichterfelde geht durch die bürgerliche Presse wieder die wohlfeile Nachricht, daß der Lokomotivführer, der das Haltesignal angeblich übersehen haben soll, den Gerichten überantwortet worden ist. Es verlaunt aber kein Wort darüber, wie lange dieser Unterbeamte im Dienst war, wieviel Stunden Ruhe er vor Antritt des Dienstes gehabt hat und — jetzt kommt die Hauptsache — ob er die Strecke schon länger befahren hat, oder, wie das sehr häufig bei Unglücksfällen ist, ob er vielleicht stellvertretungsweise aus irgend welchen bekannten Sparmaßnahmen die ihm nicht geläufige Strecke befahren mußte.

Nur ist bekannt, wie häufig Lokomotivführer namentlich unter dem Sparsystem Thieren zu den Ärzten kamen mit der bitteren Klage, sie seien kaum im Stande, den übermenschlichen Anforderungen, die das schöne System Thieren an sie stellte, zu genügen. Gänzlich unzureichende Nachruhe, übermäßig häufige Stellvertretung erkrankter Kollegen wirkte so aufreibend, daß sie, die Lokomotivführer, sich selbst wunderten, wie wenig große Unglücksfälle passierten, ihre Zahl müßte nach der Erschöpfung, in der sich die meisten Lokomotivführer befinden, eigentlich viel größer sein.

Hier liegt das alte bequeme Verfahren wieder offen zu Tage: die Unterbeamten, die unter eigener Lebensgefahr fortgesetzt ihren Dienst thun müssen und infolge ausgiebiger Kräfte versehen notwendigere Aufgaben machen müssen, werden ganz gemächlich dem Staatsanwalt ausgeliefert, aber niemals findet darüber eine Untersuchung statt, inwiefern die Direktion, die Betriebs-Inspektion durch ihre Anordnungen, durch ihre zu starke Anspannung einer vielleicht nicht genügenden Anzahl Kräfte das Unglück mit verschuldet hat. So lange Direktion und Betriebsverwaltung bei uns zugleich Kläger und Richter sind als Sachverständige, so lange wird das System Thieren auch weiter seine unheilvollen Folgen haben.

Auch in der „National-Zeitung“ klagt ein Einsender das System an. Es heißt da: Der Unglückszug gehört zu dem Schnellzugpaar, das seit dem 1. Mai d. J. nachts zwischen Berlin und München über Jena—Probstzella—Kürnbach verkehrt. Bei Einführung dieses Schnellzugpaars wurde mit großem Tamtam hervorgehoben, daß diese Schnellzüge die 700 Kilometer betragende Strecke in zehn Stunden zurücklegen und daß namentlich der Zug in München sofort Anschlüsse nach Lindau bezw. Schweiz und nach dem Westen habe. Aus wiederholter eigener Erfahrung wie aus den Mitteilungen anderer Reisenden wissen wir aber, daß es zu den Seltenheiten gehört, wenn einer dieser Nachtschnellzüge die im amtlichen Reichs-Kursbuch angegebene Fahrzeit innehält; dagegen gilt es schon als Regel, daß sie Verspätungen von 1/2 bis 1 1/2 Stunden haben, das wissen auch die Beamten, nur das Reisepublikum merkt es erst am Ende der Fahrt. So kommt es, daß die Berliner Reisenden in München selten den Anschluß an den um 7 Uhr 40 Minuten abgehenden Schnellzug erreichen. Ebenso können die mit dem Münchener Nachtschnellzug in Berlin eintreffenden Reisenden infolge der verspäteten Ankunft selten die Stettiner oder die Stadtbahn zur Weiterfahrt erreichen. Die Verspätungen würden aber noch viel größer und häufiger sein, wenn zu ihrer Herabminderung nicht ein etwas bedenkliches Mittel Anwendung fände. Wir wurden darauf von Mitreisenden aufmerksam gemacht, als wir auf der Heimreise von München nach Berlin bereits mehr als eine Stunde Verspätung hatten. „Oh, warten Sie nur bis Halle,“ hieß es, „von dort nach Berlin jagt der Zug ohne Unterbrechung in 1 1/2 Stunden (statt fahrplanmäßig 2) und noch schneller, um einen Teil der Verspätung wieder einzubolen.“ Und so geschah es auch, und so wird es auch der Unglückszug am Sonntagabend getan haben. Anstatt um 8 1/2 Uhr in Berlin einzutreffen, war er erst um 9 1/2 Uhr in Teltow. Von der 1 1/2 stündigen Verspätung suchte der Maschinenführer noch einiges einzubolen und jagte daher mit einer Geschwindigkeit von etwa hundert Kilometer in der Stunde dahin. Bei dieser rasenden Schnellfahrt überließ er das Haltesignal in Station Teltow und rannte mit unermindelter Kraft in den ihm auf denselben Geleise entgegenkommenden Zug hinein.

Polizeilich beschlagnahmt wurde die Leiche des Essener Bergmanns Dreiner, der aus Nahrungsorgen in dem Rixdorfer Stichtkanal den Tod suchte, noch lebend aus dem Wasser gezogen wurde, aber bald darauf im Krankenhaus verstarb. Da an dem Leichnam verschiedene Verletzungen gefunden wurden, deren Urtypus noch nicht aufgeklärt ist, erfolgte dessen polizeiliche Beschlagnahme.

**Spandau.** Die Kommunal-Wählerliste liegt bis zum 30. August ds. J. täglich in der Zeit von 8-1 und 3-6 Uhr im Rathaus, Zimmer 14, öffentlich zur Einsicht aus.

Jeder Arbeiter, der nicht seines Stimmrechts verlustig gehen will, hat die Pflicht, entweder selbst oder durch einen Bekannten die Liste einzusehen und sich davon zu überzeugen, ob sein Name in derselben bezeichnet steht. Andernfalls muß er sofort seine Nachtragung in die Liste beantragen. Die Spandauer Arbeiter müssen um so mehr eifrig darauf Bedacht nehmen, daß und keine einzige Stimme verloren geht, als im Herbst d. J. die Ersatzwahlen für die Stadtverordneten-Versammlung vorzunehmen sein werden!

Bei dem schweren Wetter am Sonntag trat auch die Rettungsstation an der Müggel erfolgreich in Aktion. Wie uns der Vorstand der Rettungsgesellschaft mitteilt, gelang es mit dem Rettungsboot der Gesellschaft drei Personen, Mitglieder eines Ruderklubs, zu retten, deren Boot gekentert war.

Weil er einen Fährhörn nicht gegrüßt hat, wurde ein Reservist vom 4. Garde-Feldartillerie-Regiment in Potsdam, der zur Uebung eingesetzt war, zu vier Monaten Festung verurteilt. Der Verurteilte behauptete, daß der Fährhörn betrunken gewesen sei. Das Urteil wurde nicht bestätigt, so daß jetzt gegen den Reservisten, der Vorkassistent ist, eine erneute Verhandlung stattfand, bei welcher die Strafe auf fünf Monate Festung erhöht wurde, nachdem neue Zeugen vernommen waren. — Der Verurteilte hatte nicht das Glück wie Häfener, in zweiter Instanz mildere Richter zu finden. Wäre übrigens der Verurteilte umgewesen, statt den seiner Ansicht nach betrunkenen Vorgesetzten um Beachtung zu lassen, ihn zum Duell zu fordern, so wäre er nach dem Gesetz wahrscheinlich milder davon gekommen, denn die Höchststrafe dafür besteht in sechs Monaten Festung, und auf die Höchststrafe hätte das Gericht kaum erkannt.

### Gerichts-Zeitung.

Zu den Sensationsprozessen, welche Ende dieses Jahres das Landgericht I beschäftigen werden, gehört auch ein solcher, bei dem es sich um einen Provisionschwindel Betrug und Wucher im großen Maß-

stabe handelt. Die Geschichte spielt in den höheren Kreisen. Der Kaufmann A. aus der Paulstraße, ein Mann, der Geldgeschäfte abwickelt in einer Art, die ihn schon mehrfach vor Gericht führte, lernte vor etwa zwei Jahren durch den früheren Rittmeister J. einen jungen österreichischen Grafen L. kennen, der sich fortwährend in Geldverlegenheit befand. A. und J. schlugen dem Grafen vor, seine Verhältnisse durch eine reiche Heirat aufzubessern. Graf L. war dazu bereit. Seine beiden Beschüßer brachten die Tochter eines bekannten Bleistiftfabrikanten in Süddeutschland in Vorschlag, verfaßten ihn mit Mitteln, um standesgemäß auftreten zu können und veranlaßten ihn, nach dem Wohnsitz der reichen jungen Dame zu reisen, um dort als Bewerber aufzutreten. Vor der Abreise ließ sich A. vom Grafen L. einen Scheckschein über 200 000 M. anstellen, welcher im Falle des Zustandebommens der Heirat fällig werden sollte. Wie A. behauptet, vom Grafen L. aber besprochen wird, hat der letztere gleichzeitig einen Wechsel über 200 000 M. ausgestellt. Graf L. ging dann auf die Brautwerbung, fiel aber gründlich ab. A. und J. hatten vorläufig keine Aussicht, zu den von ihnen gemachten Anlagen, geschweige denn zu dem erhofften Gewinn zu kommen, denn Graf L. reiste bald darauf nach Amerika. Nach längerer Zeit erfuhren A. und J., daß Graf L. in Amerika mehr Glück gehabt und dort eine vielsache Millionärin geheiratet hatte. A. zeigte dem Grafen an, daß er ihm in nächster Zeit den Wechsel über 200 000 M. zur Zahlung vorlegen lassen werde. Graf L. bestritt einerseits, daß er einen solchen Wechsel ausgestellt habe, und andererseits die Verpflichtung, ihn einzulösen zu müssen. Die Sache kam zur Kenntnis der Behörde, A. und J. wurden in Haft genommen. Es sind aber noch weitere acht Personen, welche sich mit der Vermittlung von Geldgeschäften befassen, bei der Geschichte beteiligt, sie sollen den Verhafteten mehr oder minder Hilfe geleistet und Schlepperdienste verrichtet haben. Die Sache zieht immer weitere Kreise. A. hat dem Rechtsanwalt Dr. Davidsohn, Rittmeister J. dem Rechtsanwalt Dr. Alfred Ballien seine Verteidigung übertragen.

Was einem „Beauftragten“ in Berlin passieren kann, beweist folgender Fall: Ein Barbier H. beauftragte als Beauftragter der Berliner Handwerkskammer den Laden des Barbiers J., um die Erfüllung der Vorschriften über das Lehrlings- und Gesellenwesen im Barbiergewerbe zu kontrollieren. Er wurde von J. wie von dessen Frau groß angefahren und nach seiner Legitimation gefragt. Der Beauftragte holte einen Schutzmännchen, der ihn legitimierte. Trotzdem weigerte sich der Ladeninhaber, ihm die gewünschte Auskunft zu geben und rief dem Beauftragten erregt zu: „Stört mich noch jemand in meinem Geschäft, dann schlage ich ihn zur Thür hinaus, daß er sich die Knochen im Leibe bricht!“ Da J. Miene machte, seinen Worten die That folgen zu lassen, hielt es der Beauftragte für geraten, unverrichteter Sache den Laden zu verlassen. Das Schöffengericht verurteilte J. wegen einfacher Nötigung in Verbindung mit Verleitung zu 30 M. Geldstrafe event. sechs Tagen Gefängnis. Dem Strafantrage auf Beamteneignung wurde nicht stattgegeben, da erstens die Beamteneignung des Beauftragten im Sinne des § 359 des Strafgesetzbuchs sehr zweifelhaft erscheint und der Angeklagte jedenfalls von einer Beamteneignung des Beauftragten nichts gewußt hat.

Wegen Streitvergehen hatte sich gestern ein Vierfahrer vor der zweiten Ferien-Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Im Februar d. J. streiften die Vierfahrer der hiesigen Jungbierbrauereien, welche den Vertrieb des Jungbieres an Privatkluben bewirken mußten. Die Reute verlangte höhere Wochenlöhne. Einzelne Brauereien bewilligten und erhielten damit ihren Betrieb aufrecht. Für eine solche Brauerei fuhr der Angeklagte Bier aus. Zu den jetzigen Brauereien dagegen, welche nicht bewilligten, gehörte die Firma August Lehmann hier selbst. Diese hielt ihren Vertrieb so gut es ging mit den Wagen und Kutschern ihrer Filiale in Königs-Wusterhausen aufrecht. Der Angeklagte begegnete nun einem Hilfskutscher beim Bierausfahren und fuhr denselben an: „Wenn Du morgen wieder die Jauche von Lehmann ausfährst, dann kriegst Du eine tüchtige Wucht Keile!“ Wegen dieser „Bedrohung“, die doch wohl kaum ernst zu nehmen war, wurde der Angeklagte zu fünfzig Mark Geldstrafe verurteilt.

### Verfammlungen.

**Centralverband der Glaser.** In einer gut besuchten Mitgliederversammlung der Jahreshilfe Berlin, die am Montag im Gewerkschaftshaus stattfand, hielt Sassenbach einen Vortrag über „Entwicklung und jetziger Zustand der englischen Gewerkschaften“, der lebhaftesten Beifall fand. Darauf wurde die Agitationskommission für den ersten Agitationsbezirk Deutschlands, der die Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen umfaßt, gewählt: als Vorsitzender der Kommission Joachim und als Schriftführer und Beisitzer Kaule und Böder. Die Berliner Agitationskommission, die durch diese Wahl zwei ihrer Mitglieder verloren hatte, wurde durch Ergänzungswahlen wiederum auf 13 Mitglieder vergrößert. Die Versammlung befaßte sich ferner mit verschiedenen auf die Lohnbewegung bezüglichen Angelegenheiten. Sie beauftragte den Vorstand, mit der Glaserinnung von Charlottenburg in Verbindung zu treten, um auch diese zur Anerkennung der Forderungen zu veranlassen, die sonst überall in Berlin und den Vororten bereits anerkannt sind. Ferner soll der Vorstand mit dem Holzarbeiter-Verband in Verbindung treten, um mit ihm gemeinsam Verbesserungen der Verhältnisse in den Bilderrahmen-Fabriken anzustreben. Die Sperre bei Gost u. Co. wurde von der Versammlung aufgehoben, jedoch mit der Mahgabe, daß von neuem die Sperre über die Firma verhängt wird, sobald ein Gehilfe dort in Arbeit treten sollte, der nicht in vorläufiger Weise eingestellt werde. — Die Firma Jachmann verlangt Aufhebung der Sperre, weil sie ihrer Angabe nach alles bewilligt hat, und hat sich von ihren Arbeitern unterjährig befähigen lassen, daß sie seit dem 1. August den tarifmäßigen Lohn erhalten. Demgegenüber wurde festgestellt, daß der Werkführer der Firma gesagt hat: jetzt, um 60 Pf. Lohn verlangt würden, müßte immer ein Gehilfe einen Tag in der Woche aussetzen, und danach werde auch verfahren. Die Bemerkung des Firmeninhabers: er hätte den Tag, wo der Gehilfe aussetzen mußte, bezahlen wollen, erachtete die Versammlung nicht für glaubwürdig und beschloß, diese Sperre nicht aufzuheben, so lange die Verhältnisse nicht geregelt sind.

**Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands.** Bezirk Berlin. Mittwochabend 9 Uhr: Sitzung in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 3. Gäste sind willkommen.

**Verband der Freizeugehilfen Deutschlands.** In eigener ein Berliner. Mittwoch, den 19. August, abends 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Pfeffer, Rosenhaldenstr. 57.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 46. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Hunger und Durst. — Der Geschichtsmaterialismus in den Vereinigten Staaten. Von R. Beer. — Die Sozialdemokratie und die sogenannte Linke. Von Dr. James Brod. — Der Straßwag, die Strafe und der Straßwag. Von Dr. J. Angmer. — Ein Buch Vorgeschiede des modernen Industriearbeiters in Deutschland. Von Franz Diederich (Dresden). — Litterarische Rundschau: Dr. Lothar Neuwirth, Zur Frage der Erforschung des Ursanges der Arbeitsloshilfe.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportageure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspresseliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abomiert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. A. Holtzow, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 22 des 6. Jahrganges unter anderem: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Allgemeines: Berichterstattung über die Lage des ländlichen Arbeitsmarktes. — Beschreibende Monatsberichte statistischer Sachverständiger. — Besprechung des Währungsstandes. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Steine und Erden (Rückgang der beschäftigten Arbeiter und der Löhne im Jahre 1902); Metalle und

Maschinen (Beschäftigungsgrad in Düsseldorf, Chemnitz und Magdeburg); Rohungsmittel (Arbeitszeit und Lohnverhältnisse der Bäckereiarbeiter Jährlich); Fellebung (Matter Beschäftigung im Schuhgewerbe); Baugewerbe (Rückgang der Bauwirtschaft seit Mai); Verkehr (Verbindung von bayerischen und sarmatischen); Städtische Arbeiter (Arbeitsverhältnisse in Königsberg i. Pr.). — Statistische Monatsmaterial. — Arbeitsnachweise. — Streitverhältnisse für Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz. — Verwaltung des Arbeitsnachweises: Central-Arbeitsnachweise für Ost-Preußen. — Komunalisierung des Arbeitsnachweises in Amsterdam. — Beilage: Mitgliederliste des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise nebst zahlenmäßigen Angaben über Juli 1903.

### Vermischtes.

Ein Grabungslauf. Am Montagabend wurden auf der Karl-Friedrich-Grube in Entringen (Kreis Diedenhausen) drei Bergleute verunglückt. Die Leichen wurden geborgen.

Ein sonderbares Schiffsdunglück wird aus Helsingfors gemeldet. Als am Sonntag ein kleiner Dampfer mit einem Schiff im Schlepptau Kirchenbänken von der Agunemi-Kirche nach einigen Dörfern am Tylarjörvis-See überfahren sollte, brach das oberste Deck des Schlepptampfers unter der Last der darauf stehenden zahlreichen Menschen zusammen. Diese stürzten in den See oder auf die unten befindlichen Personen. 30 bis 40 Menschen sind tot, viele andre erlitten schwere Verletzungen.

Auf dem Mont Blanc verunglückt. Der „Eclair“ meldet aus Chamonix, daß sieben Bergsteiger, die von Chamonix zur Besteigung des Mont Blanc aufgebrochen sind, verschwunden sind. Man glaubt nicht, sie lebend aufzufinden.

### Briefkasten der Redaktion.

**N. 1.** Sie müssen Ihren Wunsch den einzelnen Zeitungen gegenüber ausdrücken. — **S. B. 36.** 1. Dazu genügt jeder beliebige Mensch, der sich ausreichend legitimieren kann. Raskals wird man Ihnen auf dem Standesamt Rat geben. 2. Nein! — 3. Das. — **D. R.** Fragen Sie wegen des Status an bei Dr. Friedberg, Präsidentenstr. 10a. — **H. D. 40.** 1. Verein gegen Besarmung, Deutscher Dom, Gendarmenmarkt, Frauenverein, Frau Ida Salomonsohn, Vorsitzende, Charlottenburg, Hardenbergstr. 18. Ferner: Bürger-Vereinsinstitut, Friedrich-Wilhelm-Anstalt für Arbeitsame, und Biedersee-Erziehung, die letzten drei im Rathaus. 2. Die „vulkanischen“ Ausdrücke sind gemüthsunfähig und zweifelhaft, aber für uns leider nicht verwertbar. — **Stimme eines „Arbeiters“.** Berufsämliche Gaunereien eines Spießes, ehemaligen Schmieders.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 M.

**Vormund Spandau.** 1. Zunächst muß ein Abkommen zwischen dem Vater und der Mutter resp. Ihnen vorliegen. Das Abkommen kann nicht erzwungen werden. Ist solches Abkommen getroffen, so reichen Sie es mit dem Antrag auf Zustimmung dem Amtsgericht ein. 2. Wegen Wohnungsmiete kann der unpfändbare Teil des Lohnes nicht gepfändet werden. Was pfändbar ist, kann auch bei Miete gepfändet werden; dem Miete steht außerdem ein Jurisdiktionsrecht an den pfändbaren Sachen zu. — **S. i. S.** Falls nicht besondere Umstände vorliegen, ist anzunehmen, daß die Entnahme von verordneten Kindern während der Ferien unentgeltlich sein soll. In Ihrem Fall erstreckt das auch darauf, daß erst jetzt eine Forderung gestellt wird. — **G. B. 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja (ohne Zinsen). 4. Ja. — S. 2. 200.** 1. Der Standesbeamte kann die Geburtsurkunde verlangen, kann aber sich mit dem Tauschgenügen. 2. Nein. — **H. M. 22. Ja. — G. R. 65.** Der Lohn wäre in voller Höhe pfändbar. Wegen Sie dem Vormundschaftsgericht dar, weshalb die Erziehung durch Sie im Interesse der Kinder liegt und daß Sie auf das Erziehungsgeld nicht verzichten wollen. — **M. 2. 1. und 2. Ja. — Wahlm.** Wegen der Besonderehaltung können Sie wegen des Vorlautes Ihres Vertrages nichts erreichen. Die Befreiung des Vermögens können Sie verlangen und beim Amtsgericht gegen den Vort auf Unterlassung der Räumerei klagen. — **G. R. 6.** Die von der Schwester des Verstorbenen verlangte Auskunft erfordert eine offene Darlegung der Ansicht des Arztes. Die von Ihnen herangezogene Besetzung berechtigt keineswegs zu irgend einer Entlassung, da sie offenbar lediglich zur Auskunft erfolgte. — **H. R. Reichsberger-Frauke.** Ja. — **H. 101.** 1. Ja. 2. Nein. — **R. S.** Es ist Ihre Pflicht, Mitglied des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen zu werden. Wenden Sie Ihre Absicht, in den Verband ausgenommen zu werden, bei Ströbinger, Dirlenstr. 30. Wenn Sie so lange warten wollen, bis das Kind wieder mal in den Brunnen gefallen ist, so sind Sie selbst an den Mithäben, unter denen Sie und Ihre Kollegen leiden, mitschuldig. Dort allein können Sie auch sachgemäße Auskunft erhalten, so ein strafrechtliches Vorgehen angezeigt oder vielleicht mit anderen Angelegenheiten verbunden ist. Die von Ihnen vorgetragene Thatfache enthalten den Thatbestand einer strafbaren Raubthat und einer strafbaren Duldung und Förderung des Dazwischen. — **W. B.** Der Willeitsvertrag ist gültig. Die durch ihn demachtigten Kinder können nicht auf Aufhebung oder Veränderung klagen; zu Verträgen kann jeder mit seinem Eigentum machen, was er will. Der Leihgeber kann und soll auf Erfüllung des Vertrages und auf vollen Schadenersatz klagen. — **Sch. Neu-Kuppin.** Sie könnten wohl gegen den Dienstherrn auf Verletzung von Einrichtungen klagen, welche die gar zu große Verletzung Ihrer Gäste durch seine Diener herbeiführt. Aber ob eine solche Klage Aussicht auf Erfolg hat, läßt sich selbst bei Kenntnis der Einzelheiten des Falles nicht voraussagen. Selbsthilfe gegen die Diener steht Ihnen natürlich im vollsten Maße frei. Uebrigens sind die Diener in der Regel so vorzüglich auf Einmischen von Dornig gedrillt, daß sie keinerlei Versuch machen, bei Menschen Hand zu legen, die Menschen in Ruhe lassen und nur, wenn sie angegriffen werden, sich zur Wehr legen. Die Polizei kann Ihnen nicht helfen. — **H. 2. 100.** Klagen Sie: Ihnen liegt aber die Beweislage ob. Die Vereinbarung können Sie durch Zeugnis Ihrer Ehefrau, eventuell durch Eidesabschwörung versuchen. — **W. B. 3.** Nein. — **H. R. 97.** 1 u. 2. Nein. 3. Verzeihen Sie. 4. Wir empfehlen grundsätzlich wieder bestimmte Rechtsanwältin, noch Arzte, noch Geschäfte usw. Ihrem Verwandten steht das Recht zu, auf Schadenersatz zu klagen. 5. Ja. 6. Sie haben durchaus recht: es ist ein weit verbreiteter, aber durchaus kräftiger Glaube, man könne innerhalb 24 Stunden von irgend einem Betrage (Mietverträge, Kaufverträge usw.) einseitig zurücktreten. — **H. 2. 21.** 1. Ja. 2. Nein. — **Wolff Apffel.** Die Annahme hätte nur dann einen Zweck, wenn Sie Ihre Babrecht für die kirchlichen Wahlen ausüben wollen. Die Beteiligung an Wahlbeteiligung an solchen Wahlen hat mit der Parteizugehörigkeit nichts zu thun. Eine Anzahl Genossen beteiligt sich an der Kirchenwahl, um der besonders heuchlerischen Orthodoxie Abbruch zu thun und der Erweiterung der Kirchensteuer usw. entgegenzutreten. Der wohl größere Teil der Genossen läßt sich aus den verschiedensten Gründen von kirchlichen Wahlen fern. — **Alfred 101.** 1. Eine Kasserforderung zur Steuerzahlung ist noch möglich; die Steuerforderung ist noch keineswegs verjährt. 2. 30 Millionen.

### Marktpreise von Berlin am 17. August 1903

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Einheit	Preis	Ware	Einheit	Preis	
Weizen, gut	D.-Gr.	—	Kartoffeln, neue D.-Gr.	8,00	5,00	
mittel	—	—	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,20	
gering	—	—	do. Rauch	1,40	1,00	
* Roggen, gut	—	13,15	Schweinefleisch	1,60	1,20	
mittel	—	13,13	Kalbfleisch	1,80	1,20	
gering	—	13,11	Hammelfleisch	1,80	1,20	
** Gerste, gut	—	14,40	Butter	2,00	2,00	
mittel	—	13,80	Fier	60 Stück	4,00	2,50
gering	—	12,80	Karpfen	1 kg	2,40	2,00
Haber, gut	—	16,00	Kale	—	2,80	1,40
mittel	—	15,30	Jander	—	3,00	1,20
gering	—	14,00	Heute	—	2,40	1,20
Rübschrot	—	4,16	Barfje	—	1,80	80
Heu	—	6,80	Schleie	—	2,60	1,20
Erbsen	—	40,00	Wete	—	1,40	70
Speisebohnen	—	50,00	Breibe	per Schock	18,00	200
Linjen	—	60,00	20,00	—	—	—

\* ab Bahn. \*\* Kamm und Geruch.

### Witterungsüberblick vom 18. August 1903, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometer, hoch mm	Windrichtung	Wetter	Stationen	Barometer, hoch mm	Windrichtung	Wetter	
Swinemünde	754	SW	2bedekt	14	Haparanda	755	NO	2heiter
Hamburg	754	SW	1bedekt	13	Petersburg	748	0	1Regen
Berlin	755	SW	1bedekt	14	Cort	753	SW	1halbbd.
Krankfurt a. M.	756	SW	3bedekt	16	Udbern	—	—	—
München	762	SW	6bedekt	15	Paris	757	SW	3bedekt
Wien	760	SW	3halbbd.	16	—	—	—	

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 19. August 1903. Veränderlich, kühl und windig mit schwachen Regenschauern.



# Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

**Mittwoch, den 19. August.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Spernhaus. Samson und Dalila.  
Schauspielhaus. Im bunten Hof.  
Neues Operntheater. Die Fledermaus.

100 000 Thaler.  
Festung. Der blinde Passagier.  
Deutsches. Nonna Berna.  
Neues. Pelless und Melissande.

Anfang 8 Uhr:  
Fiederplatzhaus (Kroll). Fieder-  
spiele und Schützen. Witten nach  
dem Balle.  
Berliner. Hedora.  
Thalia. Die Tochter des Herrn  
Fabricius.

Aleines. Nachtschl.  
Trianon-Theater. Die Rotbrüde.  
Carl Weich. Der Fehltritt einer  
Frau.

Luise. Königin Luise. Hierauf:  
Das Versprechen hinter'm Herd.  
Velle-Alliance. Specialitäten.  
Apollo. Die Liebesinsel. Speciali-  
täten.

Winter-Garten. Specialitäten-Vor-  
stellung.  
Metropol. Neuestes! Merneuestes!  
Reichshallen. Stettiner Säng.  
Passage-Theater. Specialitäten.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Invalidenstrasse 57/62. Stern-  
warte. Täglich geöffnet von 7  
bis 11 Uhr.

## Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.

## Pelleas und Melissande.

Anfang 7 1/2 Uhr.

## Kleines Theater.

Unter den Linden 44.

## Nachtschl.

Anfang 8 Uhr.

## Luisen-Theater.

## Der Hüttenbesitzer.

Mittwoch: Benefiz für Stefanie  
Etauffen. Zum 1. Male: Königin  
Luise. Hierauf: Das Versprechen  
hinter'm Herd.

Donnerstag: Die Geierwally.  
Freitag: Geschlossen.  
Sonnabend: Die Grille.

## Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich-  
und Unkersdorferstraße.

## Die Nothbrücke.

Anfang 8 Uhr.

## Residenz-Theater

Direktion S. Lantenburg.

## Wieder-Gröfzung:

Sonnabend, 22. August.  
Zum 50. Male:

## Luftige Ehemänner.

Schwank von H. Rats und H. Barré.  
Vorher: Zum Einheiler.

## Belle-Alliance-Theater.

Im herrlichen Sommergarten.  
Anf. Wochent. 6 Uhr. Sonntags 4 Uhr:  
Grosses Konzert.  
Anf. der Specialitäten-Vorst. 7 Uhr.  
Bei ungünstigem Wetter im Theater.  
Ad-Ad lebt und schneht, erregt das  
größte Erlaunen.  
Das neue August-Programm.  
Entrée 50 Pf. Ende 11 Uhr.

## Metropol-Theater.

Der größte Erfolg dieser Saison!  
Zum 220. Male:

## Neuestes!

## Allerneuestes!

Dramatische Revue in 5 Bildern.  
Glänzende Ballets. 300 Mitwirkende.  
Anfang 8 Uhr.  
- Rauchen überall gestattet. -

## Apollo-Theater.

Zum  
105. Male: Die Liebes-Insel  
mit dem Briefmarken-Ballett.  
Ein ungetreues Weib.

Mimodrama in 2 Akten, gespielt von  
Merians dreifachsten Kunden.  
Merian nur bis 31. August.  
Avalos. Broth. Kaufmann. Kosmograph

## Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr:

## Von der Zugspitze zum Watzmann.

## Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

## CASTANS Panoptikum

Friedrichstr. 165.

## !! Menschliches Doppelwesen:

Die zusammen-  
gewachsenen Schwestern  
20 Jahre alt, spielen Violine!

## Passage-Theater.

Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochen-  
tags 5 Uhr. Anfang d. Abend-  
vorstellung 8 Uhr.

## Moto-Mädchen.

Mensch oder Maschine?  
Das neue Rätsel für Berlin!  
die besten Taucher  
der Welt,  
5 Min. unter Wasser ohne z. atmen.  
Walter Steiner, Humorist.  
Ganz Berlin zerbricht sich  
schon den siebenten  
Monat den Kopf über

## ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:  
Doppelkonzert.

Entrée 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.  
Kinder unter 10 J. die Hälfte.

## In der Arena: Raubtier-Spielschule.

6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne,  
1 Bär. - Vorstellungen:  
Wochentags 4-5, 6-7 Uhr,  
Sonnt. 12-1, 4-5 u. 6-7 Uhr.  
Entrée: Sporsitz 1 M.,  
Stehplatz 50 Pf. Kinder  
unter 10 Jahren die Hälfte.

## Deutsch- Amerikanisches Theater

(früher Buntes Theater)  
67 Köpenickerstrasse 68.  
Sonnabend, 29. August, 7 1/2 Uhr:

## Premiere

Gastspiel Adolf Philipp:  
„Ueber'n  
grossen Teich“

Heitere Bilder aus dem Leben der  
Deutsch-Amerikaner in 5 Abteilungen  
von Adolf Philipp.  
Der Vorderlauf beginnt am Freitag,  
den 21. d. Mts. an der Theaterkasse  
und bei A. Weichheim.  
Schriftl. Vorkerkungen  
nimmt die Theater-Kassier (schon jetzt  
entgegen. 386b

## Carl Weiss-Theater.

Große Krautfurter Straße 132.  
Der Fehltritt einer Frau.

Berl. Titellbild in 5 Akten v. H. Berner.  
Anf. 8 Uhr. Vorges. Dief. Vorstell.  
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Das  
Scheidnis des roten Hauses.  
Im Garten: Specialitäten. Anf. 5 Uhr.

## W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
Drei Tage  
aus dem Leben eines Spielers.

Vorher:  
Zu Befehl, Herr Lieutenant!  
Kaffeeküche von 3 Uhr ab geöffnet.  
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im  
Saale.

## Prater-Theater

Rastanten-Allee 7/9. Direktion: M. Kalbo.  
Täglich: Alt-Heidelberglu Feine.  
Fiederpiel in 3 Akten von D. Richter.  
Konzert und Ball.  
U. a.: Oeta Waldau. Bravour-Soubri.  
Original Eugen Milardo. Langhamerit.  
Nou! The Berlings. Neu!  
die singende Luftlinie.  
Johnke Compagnie.  
Transformations-Red. u. Pantomime.  
Anfang 4 Uhr. Entrée 30 Pf.,  
num. Platz 10 Pf.

## Fröhels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann. Schön. Allee 148.  
Inhaber: Wilhelm Fröbel.  
Grosser Elitetag  
des riesengroßen  
August-Spielplans  
Neu! Neu!  
Der Stummelbaron.

Vorstellung mit Gesang in zwei Akten  
von D. Richter.  
Das Renesse vom Neuen.  
Im Saale: Grosser Ball.  
Anfang 5 Uhr. Entrée 30 Pf.  
Donnerstag, den 27. August:  
Eduard Wendt-Benefiz.

## Bernhard Rose-Theater.

Gelundbrunnen, Badstraße 58.  
Berliner Sünder.

Vorstellung mit Gesang in zwei Akten  
von L. E. Musik von Richter.  
„Lora“, das neue Weltwunder.  
A. Delbost, einbeiniger Handakrobat.  
Hermann Stahns, Salonakrobat.  
Fred u. Bertha Larose, Steifbrautquell.  
Karl Groth, Groteskomiker.  
Richard Wagner, Konzertfänger.  
Ballett-Gesellschaft „Saltarello“.  
Anfang 4 Uhr.

## Neue Welt

Hasenheide 108/114. Arnold Scholz.  
Mittwoch, den 19. August:  
Auf allgemeines Verlangen:  
Ernte-Dank-Fest

verbunden m. Bombenregen, Fackel-  
polonaise und Gratis-Verlosung.  
Sauptgeminn für Knaben:  
Eine silberne Remontoir-Uhr.  
Sauptgeminn für Mädchen:  
Eine silberne Damen-Uhr.  
Gr. Specialitäten-Vorstellung.  
Die Fahrt im Todesring  
mit Tandem und Motor.  
Anfang 4 Uhr. Entrée 15 Pf.  
Kaffeeküche, 3 Kegelbahnen, Sonn-  
hütte, Alpen-Stuhlbad.

## WINTERGARTEN

Grosses  
Eröffnungs-Programm:

Florence u. Lillian, musik. Nummer.  
Anne Dancrey, Pariser Soubrette.  
Die drei Macagnos, Scenen im Café.  
Florence Moore, amerik. Sängerin.  
Mia Marguerite, Löwen-Dressuose.  
Das Motogirl, die lebende Puppe.  
Lionel Strongfort, Kraftproduktion.  
Alexia, Bravourtänzerin.  
Die Ten Ichi Truppe, japan. Zauberk.  
Hickey u. Nelson, amerik. Excentrics.  
Paul Costa, Bariton von der Gr.  
Oper in Paris.  
Die Jahrmärktprinzess, Ballett-Div.  
Biograph, Bilder des Papstes.

## Schweizer-Garten

am KönigsThor, am Friedrichshain.  
Täglich: Theater und  
Artisten-Vorstellung,  
Ball u. Volksbelustigungen.  
Abends 10 Uhr:  
Der selige Zwiebelmann.  
Vorstellung mit Gesang in zwei Akten  
von Weichheim.

## Bioscop.

Lebende Bilder. Neueste Aufnahmen.  
Jeden Mittwoch: Kinderfest.

## Sanssouci.

Täglich im Garten:  
Hoffmanns  
Norddeutsche Säng.  
und Konzert.

Jeden Sonntag, Montag  
und Donnerstag nach der  
Soyree: Tanzkränzen.  
Für die Winteraison sind noch einige  
Sonnabende frei zu Festlichkeiten.

## Max Kliem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. - Artistische Leitung: Paul Hilbitz.  
Täglich: 17182\*

## Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die besten  
Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
2 hochgelegene Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.  
In den Sälen: Familien-Kränzchen.

## Schloss Weissensee.

„Zum Sternecker“, Inhaber: C. Koch.  
Täglich: Grosse Theater-Specialitäten-Vorstellung.  
Hiesiges Programm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: Grosser BALL.  
Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch:  
Grosses Kinderfreundfest mit Gratis-Verlosung.  
Jeden Donnerstag: Grosses Monstro-Elito-Feuerwerk u. Doppelkonzert.  
Jeden Sonntag: GROSSER DOPEL-KONZERT.  
Kaffeeküche. - Volksbelustigungen aller Art.

## Maler u. Anstreicher!

Donnerstag, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15,  
großer Saal:

## Grosse Versammlung

für alle im Maler-Beruf Beschäftigten.  
Tages-Ordnung:  
Vortrag des Herrn Professor Dr. med. Sommerfeld über: „Die Bleiweiss-Gefahr“.  
Kollegen, erseheint! Es gilt energisch Protest einzulegen gegen eine weitere Untergrabung  
und Vergiftung unrer Gesundheit und Kraft.  
Die Ortsverwaltung der Vereinigung der Maler.

Gleichzeitig findet auch für Charlottenburg eine Versammlung mit gleicher Tagesordnung  
im Volkshause, Rosenthalstr. 3, statt.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

## Bertramensmänner-Versammlung

jämtlicher Bezirke.  
Tages-Ordnung:  
1. Der Kongress des Arbeitgeber-Vereins und der „Mischtag“ in Frankfurt a. M.  
2. Bericht-Differenzen.  
3. Berichts-Angelegenheiten.  
Mitgliedsbuch nebst Karte legitimiert.  
Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Bezirk Delegation zu entsenden.  
Die Ortsverwaltung.

## Central-Verband der Töpfer.

Freitag, den 21. August, abends 6 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses,  
Engel-Ufer 15:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wahl eines ersten Vorsitzenden. 2. Das Resultat der Urabstimmung in  
unrer Filiale. 3. Einmalige Anträge zum Arbeitsnachweis. 4. Gemeinlichliches.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
Zahlreichen Besuch erwartet.  
Der Vorstand.

## Achtung! Fliesenleger.

Donnerstag, den 20. August 1903, abends 8 1/2 Uhr:

## Oeffentliche Versammlung

der Fliesenleger Berlins u. Umgegend  
im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, Hoffmann.  
Tages-Ordnung:  
1. Der Stand unrer Lohnbewegung und unrer weitere Stellungnahme.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
NB. Kollegen! Erscheinen Sie unbedingt alle Mann in dieser Versammlung,  
damit es nicht nachher heißen kann, es sind Beschlüsse gefasst worden, wo  
viele Kollegen nicht mit einverstanden sind; suchen Sie jeden säumigen  
Kollegen mit zu dieser Versammlung zu bringen.  
56/14 Die Kommission. J. H.: Wilh. Schulz.

## Verein socialdemokr. Gast- u. Schankwirte

Berlins und Umgegend.  
Freitag, den 21. August, nachmittags 5 1/2 Uhr, in Spandau, beim  
Kollegen Köpnick, Hühlerdorferstr. 39:

## Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Rorgentern über „Spiritistischen Gumbung“  
mit Experimenten. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereins-  
angelegenheiten.  
Abfahrt Lehrer Bahnhof: Vorortzüge.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß bei unrer Stiftungsfest ein  
Portemonnaie gefunden worden ist.  
Der Vorstand. J. H.: Ferdinand Ewald.

## Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Am Donnerstag, den 20. August cr., abends 8 Uhr, im Lokale  
des Herrn Nümann, Brunnenstr. 188:

## General-Versammlung

für das II. Quartal 1903.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Orts-Verwaltung.  
2. Kassensbericht und Bericht der Revisoren.  
3. Stellungnahme zum Kongress der „Freien Vereinigung deutscher Ge-  
werkschaften“ (inkl. Bericht über die Einigungs-Verhandlungen).  
4. Ergänzungswahlen für den Hauptvorstand.  
5. An die Verwaltung gelangte Anträge.  
6. Verschiedenes.  
Wegen der außerordentlichen Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist das  
Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
J. H.: Arthur Danneberg, Burgstr. 14 bei Reil.

## Englisch-Unterricht

im und außer dem Hause  
(Eingel- oder im Circle) erteilt 19712\*  
G. Swienty geb. Liebknecht,  
Schöneberg, Sedanstraße 57, III

## Diez' Specialitäten-Theater

Landsberger Allee 78-77  
(Ringbahn-Station).  
Ob schön! Ob Regen!  
Täglich  
das vollständigste konkurrenzlose  
Riesen-August-Programm!  
La Luda, Les Mers, Clown Dolly,  
Hedy Brumien, The Delsons,  
Loro-Quartett, Fritz Brand,  
Dustes Bioscop uilo.  
Sonnab., Sonntag, Montag; Tanz.  
Anf. Wochent. 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

## Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.  
Jeden Tag:  
Konzert  
des berühmten Orchesters des  
Signor Vincenzo Ferrara.  
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag  
im Kaiser-Saal: Tanz.

## Roh-Tabak

19032\*  
Max Jacoby, Strellbergstr. 52.

## Ostbahn-Park.

Am Küstrinorplatz. Rüdorsdorferstr. 71.  
Hermann Imbs.  
Täglich:  
Gr. Konzert, Theater  
und Specialitäten-  
Vorstellung.

## Extraverkauf

einer Gelegenheitspartie  
imit. Perser  
Teppiche

Gebet- u. Decorationsstücke,  
gottes Kupon echter Perser  
von wunderbarer Farbenpracht  
auf beiden Seiten benutzbar.

90x185 cm M. 3,75 (bish. 6,00)  
130x200 " " 5,50 " 8,25)  
160x230 " " 8,25 " 12,75)  
200x300 " " 12,50 " 18,50)  
250x350 " " 19,50 " 28,50)  
300x400 " " 26,00 " 39,00)  
Passende Bett- u. Pult-Teppiche  
Stück 75 Pf., 1,00 u. 1,50 Mk.  
Nach auswärts per Nachnahme.

## Teppich-Specialhaus

## Emil Lefèvre

Berlin  
S., Oranienstr. 158.  
Katalog 1903 mit ca. 600  
Illustrat.  
auf Wunsch gratis u. franco.

## 5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.

Backware  
6 Stück für 10 Pf. \*  
Albrechts Bäckereien: \*  
Wrangelestr. 9, Krautstraße 19,  
Haldenstr. 28, Lauscherstr. 2,  
Rathhause Bäckerei, Stand 222/23  
Rathhause Andreasstr., Stand 16/16



